DAS MAGAZIN DER GRÜNEN

1 I 2025

Für ein besseres Leben!

Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.

Erfahren Sie mehr über unsere Vorschläge unter **www.dsgv.de/zukunftmachen**

Weil’s um mehr als Geld geht.

Grün macht den Unterschied

Bild: Urban Zintel

Aus Erfahrung lernen: Vor 45 Jahren haben Menschen aus der Bürger-, Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung eine neue politische Kraft gegründet. Seitdem haben wir die Bundesrepublik Schritt für Schritt ökologischer, vielfältiger und progressiver gemacht.

Nach 16 Jahren Opposition haben wir 2021 Verantwortung übernommen – und Politik im Bund mitgestaltet. Eine Partei ist dann erfolgreich, wenn sie lernfähig bleibt. Wir ziehen unsere Lehren auch aus den Erfahrungen in der Ampel. Aber klar ist auch: Nicht alles war einfach. Wir haben jedoch vieles umgesetzt, was richtig und längst überfällig war. Und eines wird gerade besonders deutlich: Grüne Politik fehlt – in dieser Regierung.

Verantwortung tragen: In der Ampel haben wir mit den Versäumnissen der Merkel-Regierungen aufgeräumt (Seite 18). Auch im Übergang zur Opposition haben wir gezeigt, wie zukunftsgewandte Politik geht. Wir haben durchgesetzt, dass alle Ausgaben aus dem neu geschaffenen Sondervermögen von 500 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen in die Zukunft unseres Landes sein müssen. Jetzt werden wir darauf achten, dass die Milliarden sinnvoll ausgegeben werden.

Den Ton setzen: Die Union hat mit anti-grüner Polemik Wahlkampf gemacht – um von der eigenen Inhaltsleere abzulenken. Wir Grüne stehen für das Gegenteil: für einen kritischen, aber empathischen Stil, der Brücken baut (Seite 2). Wir werden weiter für Themen mobilisieren, die sonst untergehen! Und bleiben dabei gesprächsbereit und koalitionsfähig.

Bündnisse schließen: Als Bundesgeschäftsführerin bin ich politisch verantwortlich für die Zukunft der Grünen. Ein großes Privileg. Ich will die Grünen zu einer gestaltenden Bündnispartei 2.0 machen (Seite 6). Wir sind Anwältin, Agendasetterin und Anpackerin an der Seite der offenen Gesellschaft, die von rechts angegriffen wird (Seite 22).

Vielfalt leben: Jung, weiblich, bunt: Über 180.000 grüne Mitglieder stehen für mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, mehr Vielfalt. In unserer Partei teilen sich Frauen und Männer die Macht – seit fast 40 Jahren. Was für ein Kontrast zu schwarz-rot: Im 10-köpfigen Koalitionsausschuss etwa gibt es mehr Männer mit dem Vornamen Alexander als Frauen.

Gemeinsam anpacken: Wir Grüne müssen näher zu den Menschen, vor Ort anpacken, diskutieren. 2026 stehen wichtige Landtagswahlen an, auch im Osten. Im Spätsommer wollen wir als Bundesvorstand (Seite 8) einen grünen Kongress in Ostdeutschland organisieren – ein Festival der Begegnung. Gemeinsam zeigen wir, dass der Osten auch bunt und grün ist!

In diesem Sinne – einen schönen Sommer.
Eure Pegah

2 Mit Verantwortung und Empathie

6 Für eine Politik des Zuhörens

8 Für euch!

10 Für alle!

12 Für mehr Sicherheit – überall!

16 Für die Jungen!

18 Für ein besseres Leben!

22 Für die Vielfalt!

28 Für Europa!

32 Neu hier?

profil:GRÜN ist diesem Magazin beigeheftet

— FELIX BANASZAK

ist Duisburger. Sein Großvater arbeitete auf der Kokerei Thyssen 4/8. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat seine Laufbahn geprägt. Seit 2009 ist er bei den Grünen und kämpft für eine klimaneutrale Gesellschaft. Der Sozial- und Kulturanthropologe war von Januar 2018 bis Juni 2022 grüner Landesvorsitzender in NRW und führte die Partei dort mit in die Landesregierung. Seit 2021 ist er Bundestagsabgeordneter. Privat ist er gern mit dem (Renn-)Rad unterwegs und entspannt beim Kochen und Lesen. Felix ist verheiratet und hat eine Tochter.

Mit Verantwortung und Empathie

Seit November 2024 sind Franziska Brantner und Felix Banaszak die Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen. Ein persönliches Gespräch darüber, wie die beiden Opposition und Verantwortung verstehen – und warum sie mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

INTERVIEW: GERO GÜNTHER

Die Grünen sind stark in die neue Rolle als Oppositionspartei gestartet. Nach den Verhandlungen zur Schuldenbremse gab es viel Respekt.

FRANZISKA Wir haben die gesamte grüne Power, auch die der Länder, in die Waagschale geworfen und viel fürs Land rausgeholt – nämlich dass endlich genug Geld da ist, um in die marode Infrastruktur, in Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und Sicherheit zu investieren.

FELIX Wir vier Spitzen, also Katharina Dröge, Britta Haßelmann, Franziska und ich, haben dabei nochmal ganz neu erfahren, wie jede*r von uns tickt. Diese Vielfalt der Perspektiven und Stimmen hat uns stark gemacht.

FRANZISKA Wir sind ins Risiko gegangen. Aber ich mag das: Den Rücken gerade machen, tough für seine Überzeugungen kämpfen, das Beste raushandeln.

FELIX Wir konnten dadurch auch direkt zeigen, wie wir Oppositionspolitik machen. Verantwortungsbewusst, aber mit klarer Haltung. Manchmal habe ich gedacht: Oh je. Bald wird Friedrich Merz es mit Leuten zu tun bekommen, die es nicht so gut meinen mit Deutschland wie wir.

Was habt ihr euch für die nächste Legislaturperiode vorgenommen?

FRANZISKA Die Stichwörter, die unseren Oppositionsstil abstecken, sind kritisch und empathisch. Wir werden nicht aus Prinzip alles schlecht reden, was die Regierung macht. Und wir wollen aufzeigen, welche eigenen, hoffentlich besseren und immer realitätstauglichen Vorschläge wir haben. Wir haben uns außerdem vorgenommen, von den Alltagsproblemen der Bürger*innen her zu denken und Antworten auf der Grundlage unserer Werte zu entwickeln. Und wir wollen die pro-europäischste Opposition sein, die das Land je gesehen hat.

FELIX Wir lassen es der schwarz-roten Regierung nicht durchgehen, wenn sie zentrale Erfolge rückabwickeln will. Unsere Aufgabe ist es, ökologische, progressive, pro-europäische Politik in einer Phase wieder mehrheitsfähig zu machen, in der sich der Zeitgeist eher in die Gegenrichtung entwickelt. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass Klimaschutz wieder eine Massenbewegung wird. Die Zeiten sind von Krisen geprägt, die Menschen sind verunsichert. Politik muss echte Lösungen anbieten statt Scheindebatten zu führen. Ansonsten verlieren die Bürger*innen das Vertrauen, dass unsere Demokratie funktioniert und einen positiven Unterschied in ihrem Alltag bewirkt. Grüne Politik muss beides haben: die großen Linien und die Alltagsnähe.

»Wer hat keine Angst vor der Zukunft? Wir brauchen Antworten, die Kraft geben.«

FRANZISKA BRANTNER

Ihr habt Empathie als zentrales Element erwähnt. Wie funktioniert empathische Politik?

FELIX Die Frage, ob Menschen in schwierigen Lagen sich von der Politik gesehen fühlen, hat wenig damit zu tun, ob man jedes Detail des Sozialversicherungssystems runterbeten kann. Empathie bedeutet, sich in Menschen hineinzuversetzen, ein ernsthaftes Interesse an ihrer Lebensrealität zu haben. Es hat einen Grund, warum ich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahre – die Begegnungen dort helfen mir zu verstehen, was in unserem Land so vor sich geht.

FRANZISKA Früher haben die Leute für Parteien gestimmt, die ihnen den Aufstieg versprochen haben. Heute machen viele ihr Kreuz bei denen, die versprechen, sie gegen den Abstieg abzusichern. Die einen Sündenbock ausrufen und schlichte Pseudolösungen versprechen. Das ist gefährlich. Es ist eine unserer Aufgaben, dem etwas Positives entgegenzusetzen. Eine Perspektive aufzuzeigen, wie sich die Dinge auch bessern können. Wie der soziale Aufstieg in Deutschland für mehr Menschen glaubwürdig gelingen kann.

FRANZISKA Wenn ich mit Menschen rede, will ich Ängste und Sorgen nicht nur mit einer generellen Statistik oder Studie wegargumentieren. Wer von uns hat nicht auch mal Angst vor der Zukunft? Wir müssen Antworten finden und vor allem im gemeinsamen Handeln vor Ort eine neue Kraft entwickeln, die Hoffnung gibt. Mehr Bewegung aus den Kommunen, weniger top-down. Und wir müssen den richtigen Sound treffen! Immer gleich draufzuhauen, bedient nur das Narrativ der Anti-Demokrat*innen.

FELIX Wir müssen gute Angebote machen, die Messlatte hoch hängen, statt uns zu wünschen, dass diese Regierung scheitert und Deutschland gleich mit. Leider hatte Friedrich Merz dieses Verantwortungsgefühl in seiner Zeit als Oppositionsführer nicht. Es war sein erklärtes Ziel, die Ampel scheitern zu sehen. Er hat dabei in Kauf genommen, dass die Polarisierung weiter voranschreitet.

Bild: Nils Leon Brauer

Alles für einen kurzfristigen Geländegewinn, der dann nicht mal besonders groß ausfiel.

Komisch, manchen Politiker*innen wird alles verziehen, während die Grünen immer alles richtig machen sollen und gern in der Luft zerrissen werden.

FELIX Ich nehme es als Kompliment, dass die Bürger*innen einen anderen Standard an uns anlegen. Das bedeutet ja auch, dass man uns etwas zutraut. Diese Ruchlosigkeit, mit der andere in der politischen Landschaft unterwegs sind, ist einfach krass. Markus Söder ändert ja alle paar Wochen seine Position und vertritt sie dann im Brustton maximaler Überzeugung. So sind wir nicht. Eine 180-Grad-Wende, wie sie Friedrich Merz bei der Schuldenbremse vollzog, wird es bei uns nicht geben.

FRANZISKA Aber Söder ist in den sozialen Medien super präsent und beliebt… Wir haben uns vorgenommen, dass die Partei eine größere Präsenz in den unterschiedlichen digitalen Medien haben soll. Wir wollen digitale Tools und auch KI besser nutzen, um die Expertise unserer vielen Mitglieder einzubeziehen und kampagnenfähig zu sein. Und auch dazu, einen besseren Austausch untereinander zu ermöglichen und voneinander zu lernen für die Arbeit vor Ort.

Franziska, du bist an der deutsch-französischen Grenze aufgewachsen. Wie stark hat das dich und dein politisches Denken geprägt?

FRANZISKA In Neuenburg am Rhein, wo ich groß geworden bin, haben wir als Kinder auf der Panzerplatte gespielt, also dort, wo die Panzer über den Rhein gerollt sind. Mein Heimatort war im Laufe der Geschichte abwechselnd deutsch und französisch. Das macht etwas mit den Menschen. Unsere Großeltern-Generation sagte: „Lernt gut Französisch, man weiß ja nie.“ Ich fand die Vorstellung damals irre, dass bei uns wieder Krieg herrschen könnte. Und meine Oma und Opa mütterlicherseits kamen aus Schlesien und haben auf der Flucht alles verloren. Ich bin mit diesen Kriegsgeschichten groß geworden. Das alles hat mich geprägt und eine überzeugte Europäerin aus mir gemacht. Frieden gibt es in Europa, weil wir den Willen dazu haben. Das ist Arbeit und keine Selbstverständlichkeit. Das müssen wir uns immer bewusst machen.

»Eine 180-Grad-Wende wie bei Merz wird es mit uns nicht geben.«

FELIX BANASZAK

Ihr kommt aus verschiedenen Ecken Deutschlands und geht beide unterschiedlich auf Menschen zu.

FELIX Ich bin ein Kind des Ruhrgebiets. Die Leute dort wissen, was Wandel bedeutet, haben ein feines Gespür für Gerechtigkeit. Es liegt vielleicht an dieser besonderen Mentalität der Menschen, dass ich meine Abendveranstaltungen in Eckkneipen mache und zur Betriebsversammlung ins Stahlwerk gehe.

FRANZISKA Bei mir sind es die Marktplätze und Pendelzüge. Da kommt man niedrigschwellig ins Gespräch.

Felix, ich habe gelesen, dass Tanzen eine große Leidenschaft von dir ist und du früher sogar mal ein Turniertänzer warst.

FELIX Ich habe in der Jugend mit dem Tanzen angefangen. Mein ganzer Freundeskreis ging damals in die Tanzschule. Lange Zeit war das ein Hobby. Aber das Rock’n’Roll-Tanzen war dann für mich auch ein richtiger Leistungssport. Im Turnier hast du 90 Sekunden Zeit, um vor den Wertungsrichter*innen zu bestehen. Du hast diese eine Chance und musst alles geben. Das hilft mir heute, wenn ich öffentlich auftrete.

Apropos Rock’n’Roll. Brauchen die Grünen wieder etwas mehr davon?

FELIX Auf jeden Fall sollten wir uns trauen, auch mal ins Risiko zu gehen. Und wir sollten bereit sein anzuecken – auch, wenn Gegenwind droht.

FRANZISKA Ich gehe ja lieber auf Pop- und Indie-Konzerte, oft auch zusammen mit meiner Tochter. Im Ernst: Mich beschäftigt, wie wir wieder stärker mit anderen Szenen ins Gespräch kommen. Dass wir uns trauen, spannende Debatten – beispielsweise mit Kulturschaffenden und Intellektuellen – zu führen. Es geht nicht nur darum, was wir selber machen, sondern auch, mit wem wir im Dialog sind. Als Teenie habe ich übrigens mal ein autonomes Kulturzentrum mitgegründet.

Echt? Wie müssen wir uns die junge Franziska Brantner vorstellen?

FRANZISKA Ich wollte nicht gefallen. Es war alles ziemlich baggy.

Wenn wir schon von Stil reden: Felix, du bist Fan von Horst Schimanski, dem Duisburger Tatort-Kommissar. Mir kommst du eher wie ein Anti-Schimanski vor.

FRANZISKA UND FELIX (gleichzeitig und empört): Überhaupt nicht! Wieso denn das?

Weil er so ein Macho ist?

FELIX Schimanski ist vor allem mal eine ehrliche Haut. Mit einem großen Gerechtigkeitsempfinden. Ein etwas gebrochener Typ, der aber nicht zynisch auf die Welt guckt. Er hat ein großes Herz für Leute, denen es schlecht geht. Es hat also einen Grund, warum sich so viele Menschen mit ihm identifizieren. Dieses Ehrliche, Direkte, Konfliktbereite macht uns ja im Ruhrgebiet aus.

FRANZISKA Ich habe die Tatort-Folgen mit Götz George auch immer sehr gerne geschaut.

FELIX Vielleicht arbeiten wir ja deshalb so gut zusammen.

Bild: Nils Leon Brauer

— FRANZISKA BRANTNER

kommt aus Baden-Württemberg. Sie promovierte über die Reformfähigkeit politischer Institutionen und arbeitete u. a. für die UN-Frauenrechtsorganisation. Seit 2013 ist sie Abgeordnete im Bundestag, zuvor war sie vier Jahre im Europaparlament. Zuletzt war sie parlamentarische Staatssekretärin. Stolz ist sie darauf, den Ausstieg Deutschlands und der EU aus der fossilen Energiecharta – Stichwort Vattenfall-Klage – verhandelt zu haben. Franziska ist alleinerziehende Mutter einer Tochter.

Für eine Politik des Zuhörens

Die wichtigsten Positionen und persönliche Einblicke ins Leben der politischen Bundesgeschäftsführerin Pegah Edalatian, die …

… einen klaren Kurs setzt.
Wir wollen eine gestaltende Opposition sein. Eine, die ihre Ziele konsequent verfolgt: die Natur und das Klima zu schützen, die Freiheit zu verteidigen, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und für eine vielfältige Gesellschaft zu kämpfen, in der Menschen mit diversen Perspektiven, Erfahrungen und Herkünften dieselben Chancen haben und sich mit Respekt begegnen.

… Verbindungen stärkt.
Wir müssen das Vertrauen zurückgewinnen, das bei manchen unserer Wähler*innen gelitten hat: durch die Kompromisse, die wir als Regierungspartei eingehen mussten. Wir wollen zusammen mit der Klima-, Frauen-, Flüchtlings-, Bürgerrechts- und Queerbewegung für unsere gemeinsamen Ziele einstehen. Das bedeutet, wieder verstärkt Verbindungen zu Projekten der Zivilgesellschaft aufzubauen und Themen von der Basis aus, von unten nach oben, zu entwickeln.

… näher an die Menschen ran will.
Wir wollen möglichst viele Menschen erreichen – mit niedrigschwelligen Angeboten. Auch mal außerhalb des Wahlkampfs an Türen klopfen. Zuhören. Leider sehen wir gerade, dass gemeinsame Werte verloren gehen. Umso mehr müssen wir uns zu den Leuten hinbewegen. Empathie ist ja nicht, anderen zu erklären, wie sie ihre Probleme lösen sollen. Wir wollen keine Besserwisser*innen sein, sondern die vielen Lebenswelten der Menschen sehen, ihre Perspektiven in unsere Politik aufnehmen. Das gilt insbesondere auch für den Osten. Wir werden uns auf die anstehenden Wahlkämpfe dort intensiv vorbereiten und grundsätzlich darüber diskutieren, was wir anders machen müssen.

… sich über den Mitgliederrekord freut.
Wir sind mehr als 180.000! Und wir wachsen weiter. Viele Menschen hatten und haben das Gefühl, sich engagieren zu müssen. Nach dem Ende der Ampel. Nach der Wahl von Trump. Nach der Entscheidung von Merz, im Bundestag seine Politik mit den Stimmen der AfD durchzudrücken. Viele finden, dass es reicht!

… Sozialpolitik zentral findet.
Über 60 Prozent der grünen Mitglieder kommen aus Familien, die ursprünglich keinen akademischen Background hatten. Es gibt bei uns viele Aufstiegsgeschichten – und vermutlich ist das einer der Gründe, warum Sozialpolitik für uns so wichtig ist. Es ist aber noch zu wenig bekannt, dass wir in punkto Umverteilung, Steuern und Mindestlohn ein starkes sozialpolitisches Profil haben.

… alle Stimmen sichtbar macht.
Die Mehrheit der Deutschen hat keinen akademischen Abschluss. Aber: Mehr als 80 Prozent der Abgeordneten haben studiert, nur für 13 Prozent gilt das nicht.* Es fehlen wichtige Stimmen, die für Menschen stehen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder Position diskriminiert werden. Wir Grüne haben diesen Klassismus nicht überwunden, wir sind uns der Problematik aber bewusst. Ich setze mich dafür ein, dass Pflegekräfte und Arbeiter*innen selbst sichtbar werden und ihre Anliegen mit eigener Stimme vertreten können – als Verbündete an ihrer Seite, nicht an ihrer Stelle. Als erste vielfaltspolitische Sprecherin der Grünen habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, unsere Parteistrukturen inklusiver zu gestalten.

… schon als Kind politisch war.
Umwelt- und Tierschutz haben mich früh interessiert. Und als Deutsch-Iranerin war mir immer die Bedeutung der Demokratie klar. Das Recht, selbst über das eigene Leben zu bestimmen, ist keine Selbstverständlichkeit. Ich bin aber, das ist typisch für Menschen mit Migrationsgeschichte, spät zur Parteipolitik gekommen. Erstmal war anderes wichtiger: Studium, Job, finanzielle Sicherheit.

… die Partei digitaler aufstellen wird.
Wir sind als basisdemokratische Partei gegründet worden. Mitgestaltung, Mitbestimmung und Teilhabe sind für die Grünen zentral. Digitalisierung und KI sollen uns helfen, mit unseren vielen (neuen) Mitgliedern Ideen zu sammeln und zu teilen. Und wir werden auch weiterhin neue Dialogformate schaffen. Die Zukunft unserer grünen Basisdemokratie ist eindeutig digital.

… junge Wähler*innen ansprechen will.
Wir sind längst auf TikTok und stellen uns neuen Formaten in den sozialen Medien. Aber auch die Meinung junger Leute bildet sich nicht ausschließlich im Netz. Wer das behauptet, macht es sich zu leicht. Die wählen ja nicht nur die AfD, weil die Rechten clever in den sozialen Netzwerken agieren. Es geht da schon auch um reale Sorgen, denen wir uns annehmen müssen.

… rheinisch-iranisch ist.
Ich bin Deutsch-Iranerin. Nach dem Mord an Jina Mahsa Amini habe ich mich intensiv mit der politischen Lage im Iran auseinandergesetzt. Gleichzeitig merke ich, dass mit den Jahren mein Interesse an persischer Kunst, Kultur und Geschichte wieder stärker wird. Mit Omid Nouripour habe ich im Bundesvorstand zusammengearbeitet – wir haben meist Deutsch gesprochen, aber manchmal auch schlechte Witze auf Farsi gemacht.

… gern auf Fußballplätzen abhängt.
In Düsseldorf bin ich zu Hause und in Berlin habe ich ein WG-Zimmer. Ich möchte öfter mit Freunden auf Konzerte oder ins Theater gehen. Das befreit den Kopf. Und ich interessiere mich für Frauenfußball und war auch beim DFB-Pokal-Finale der Frauen: Werder gegen Bayern. Die Stimmung war fantastisch. Das hat noch einen anderen Aspekt: Einen Fußballplatz gibt es in jedem Dorf. Das sind wichtige Begegnungsorte, wir Grüne sollten auch dort präsent sein.

— PEGAH EDALATIAN

ist seit November 2024 politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen. Sie wurde in Kassel geboren und hat Politikwissenschaft, Soziologie und Medienwissenschaften in Düsseldorf studiert. Zehn Jahre lang war sie Sprecherin der BAG Globale Entwicklung und zwei Jahre Mitglied im grünen Parteirat. Sie hat für die Landtagsfraktion der Grünen in NRW gearbeitet, wo sie zuletzt für Strategie und Grundsatzfragen tätig war.

Bild: Urban Zintel – * Zahlen zum 20. Bundestag

Für euch!

Neben Franziska Brantner, Felix Banaszak und Pegah Edalatian vertreten euch Manuela Rottmann, Heiko Knopf und Sven Giegold im neuen Bundesvorstand. Wir haben sie gefragt, wie sie zu den Grünen kamen, was sie erreichen wollen und wie sie ganz persönlich die Zukunft der Partei sehen. Der Bundesvorstand vertritt Bündnis 90/Die Grünen nach innen und außen.

— HEIKO KNOPF

Stellvertretender Bundesvorsitzender, geboren und aufgewachsen in Jena, Thüringen. Heiko war nach seinem Studium zunächst als Optiktechnologe am Fraunhofer-Institut tätig. Ehrenamtlich leitete er ein A-cappella-Ensemble und ist seit 2014 in der Kommunalpolitik als grüner Stadtrat in Jena aktiv.

1 Die grüne Initialzündung

MANUELA Umweltschutz und der Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus haben mich schon als Schülerin sehr beschäftigt. Bei der ersten Bundestagswahl kurz nach der Wiedervereinigung durfte ich selbst auch zum ersten Mal wählen. In Westdeutschland sind die Grünen damals an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Ich wollte etwas dafür tun, dass es weiterhin eine Partei in Deutschland gibt, die sich der Ökologie verpflichtet fühlt. Deshalb wurde ich Mitglied.

HEIKO Kurz nach der Atomkatastrophe von Fukushima war ich wegen eines Forschungsaufenthalts in Japan und erlebte, wie wichtig es ist, dass Politik den Schutz der Bevölkerung über alle anderen Interessen stellt. Ich lernte, welche Vorbildfunktion Deutschland bei Umwelt- und Klimaschutz selbst auf Hochtechnologieländer wie Japan hat. Zurück in Deutschland beschloss ich, nicht weiter Politik zu beobachten, sondern aktiv zu werden. Im Stadtrat kämpfte ich von da an für Klimaschutz, Verkehrswende und Teilhabegerechtigkeit.

SVEN Meine politische Arbeit begann als Schüler in der AG „Tümpel und Lurche“ des BUND Hannover. Ein paar Jahre später haben mich Malte Spitz und Reinhard Bütikofer unangekündigt angerufen, ob ich nicht bei den Grünen mitmachen will. Dazwischen habe ich Ökonomie studiert, um zu verstehen, wie wir die globale Plünderung des Planeten, wachsende Ungleichheit und die Ausbeutung der Ärmsten in der globalen Ökonomie überwinden können. Das hat mich lange Zeit auch bei meinem zivilgesellschaftlichen Engagement umgetrieben.

2 Die grünen Ziele

HEIKO Die Zeiten sind fordernd. Die Zahl der Nein-Sager steigt. Die jedoch, die Veränderung als Chance zur Verbesserung begreifen, zählen auf uns. Ich will für konsequenten Natur- und Klimaschutz, für starke Kommunen, für einen Aufbruch bei Forschung und Innovation und eine Mobilitätspolitik für alle kämpfen. Mein Schwerpunkt: die Unterstützung der Grünen in Ostdeutschland. Dafür gilt es, mit klarem Blick für die Lebenswirklichkeit der Menschen die Aktiven vor Ort zu unterstützen und zu vernetzen. Als Höhepunkt freue ich mich auf das Event ELBE 2025 im Spätsommer, mit dem wir grünes Empowerment und Bündnisarbeit stärken.

MANUELA Wir haben Nachholbedarf in der inneren Organisation, weil wir sehr schnell gewachsen sind. Verlässliche Grundlagen für unsere Politik zu schaffen, wird die nächsten Jahre prägen. Aktuell arbeiten wir beispielsweise mit dem Bundesfinanzrat und dem Bundesfinanzausschuss an einem Vorschlag, wie wir neue Aufgaben zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei am besten verteilen können. Zudem möchten wir die Finanzbeziehungen vereinfachen.

Bilder: Nils Leon Brauer

— SVEN GIEGOLD

Stellvertretender Bundesvorsitzender, niedersächsischer Landbewohner und Naturschützer, Kirchgänger und Papa von zwei Kids. Wirtschaftswissenschaftler. Europaabegordneter und Staatssekretär a. D. Mitgründer mehrerer gemeinwohlorientierter Unternehmen, von *Attac Deutschland*, des internationalen *Tax Justice Network* und von *FinanceWatch*.

SVEN Europa ist unsere größte Chance, Klimakrise und Artensterben noch in Grenzen zu halten. Daher möchte ich die Grünen als europäische Kraft stärken. In Berlin sollten wir die europäischste Opposition bauen, die es bisher in Deutschland gab. Dazu gehört, den Europäischen Green Deal gegen Angriffe zu verteidigen. Die Europäische Grüne Partei will ich als Koordinator für Europa und Internationales stärken. Zudem habe ich ein Faible für Webinare, die kritische Fragen mit spannenden Leuten offen diskutieren. Schließlich möchte ich programmatisch an unserem Leitbild einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft weiterarbeiten.

3 Der grüne Unterschied

MANUELA Ich wünsche mir, dass unsere Partei dem Auseinanderdriften der Gesellschaft etwas entgegensetzt, dass sie offen bleibt für unterschiedliche Erfahrungen, Lebenssituationen und Sorgen und versucht, daraus im Gespräch etwas Gemeinsames zu schaffen. Am Ende kommt es auf die besseren Argumente an. Und die entstehen im Austausch mit der ganzen Gesellschaft in all ihrer Unterschiedlichkeit.

HEIKO Eine gute Opposition regiert mit. Es ist an uns, die richtigen Fragen aufzuwerfen, der Regierung Feuer zu machen, den Finger unnachgiebig in die Wunde zu legen und damit mitzugestalten. Opposition ist nicht der Ruheort, an dem man sich vor Kompromissen drücken könnte. Wir müssen fordern, was als Regierungspolitik tatsächlich taugen würde. Grundlage dafür sind grüne Strukturen, die langfristig tragen. Gerade im Osten und in den ländlichen Räumen müssen wir diese weiter stärken, um den autoritären Kräften entgegenzuwirken.

SVEN Wir Grünen sollten Bündnispartei bleiben. Wir sollten verlässliche Partnerschaften bilden mit allen, die unseren Planeten retten wollen, die für eine nachhaltige Wirtschaft eintreten und Menschenrechte und Demokratie verteidigen wollen – egal, ob sie aus der Zivilgesellschaft, aus Unternehmen, den Kirchen, Gewerkschaften oder der Wissenschaft kommen. Dafür brauchen wir ökologische Pluralität, mehr Kampagnenfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft für eine soziale Ökologie, die gleichzeitig unsere Wirtschaft stärkt.

— MANUELA ROTTMANN

Bundesschatzmeisterin, Unterfränkin, Mutter eines Kindes. Sie hat in Frankfurt am Main Jura studiert und war Hauptamtliche Dezernentin in Frankfurt, juristische Referentin in einem Unternehmen, Bundestagsabgeordnete. Nach ihrer Wahl zur Bundesschatzmeisterin hat sie ihr Mandat niedergelegt.

Im 21. Deutschen Bundestag sitzen 630 Abgeordnete, die meisten davon sind männlich, die allermeisten haben studiert. Jüngere, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert. In der grünen Fraktion und auch in der Partei von Bündnis 90/Die Grünen sieht das ganz anders aus. Ein Überblick.

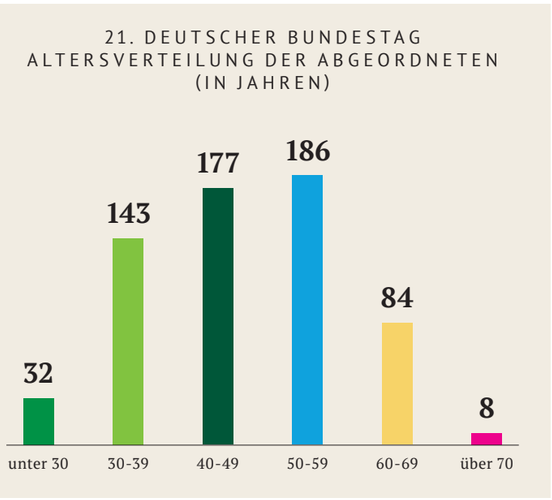
Wir sind jung!

Viele junge Menschen fühlen sich von der Politik vergessen. Themen, die sie bewegen (s. S. 16), spielten im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle. Und auch im neuen Bundestag sind sie unterrepräsentiert. Nur 32 Abgeordnete, fünf Prozent, sind unter 30 Jahre alt. Zehn von ihnen gehören zur grünen Fraktion, knapp ein Drittel. **Wir geben jungen Menschen eine Stimme!**

Auch gemessen am Altersdurchschnitt ist unsere Fraktion die „jüngste“, gemeinsam mit der Fraktion der Linken. Abgeordnete von Grünen und Linken sind im Schnitt etwa 42 Jahre alt. Zum Vergleich: Der Altersdurchschnitt in Deutschland beträgt 44,6 Jahre.

Und auch **unsere Partei ist jung:** Mehr als ein Viertel der grünen Mitglieder sind maximal 35 Jahre alt.*

*Abzüglich fehlender oder falscher Datenbankeinträge zum Geburtsdatum wurden 98,7 Prozent der Daten ausgewertet.



1984 tritt im Bonner Bundestag das »grüne Feminat« an. Das Parlament der Männer steht Kopf.

Im Jahr 1984 stellt die grüne Bundestagsfraktion einen rein weiblichen Vorstand auf. Das **grüne Feminat** regiert ein Jahr lang und ermutigt auch Frauen in anderen Parteien, um mehr Einfluss zu kämpfen. 1986 schreiben die Grünen als erste deutsche Partei fest, dass die Hälfte der Macht in der Partei dauerhaft an die Frauen geht. Das **Frauenstatut** legt fest: Alle ungeraden Plätze auf Wahllisten sind Frauen vorbehalten, die grünen Gremien paritätisch zu besetzen. Durch das grüne Frauenstatut steigt der Frauenanteil im Bundestag 1987 auf 15 Prozent. Zuvor lag er unter 10 Prozent. Seit dem Jahr 2005 stagniert er bei etwa einem Drittel der Abgeordneten.

Auch im neuen Bundestag sitzen nur 204 Frauen – weniger als ein Drittel der Abgeordneten. Besonders in unserer grünen Fraktion ist das ganz anders: **61,2 Prozent der grünen Abgeordneten sind Frauen!** Seit 2021 ist der grüne Frauenanteil nochmal gestiegen. Die konservativen Parteien haben traditionell die niedrigsten Frauenanteile (CDU: 22,6 Prozent, CSU: 25 Prozent). Noch weniger Frauen hat nur die AfD: 11,8 Prozent.

Und auch unsere Partei ist nahezu paritätisch besetzt: Mehr als **45 Prozent der grünen Mitglieder sind Frauen**. Mehr als die Hälfte aller Neumitglieder 2024 waren weiblich.

Wir sind weiblich!

Bild: picture alliance/dpa/Egon Steiner

Wir sind bunt!

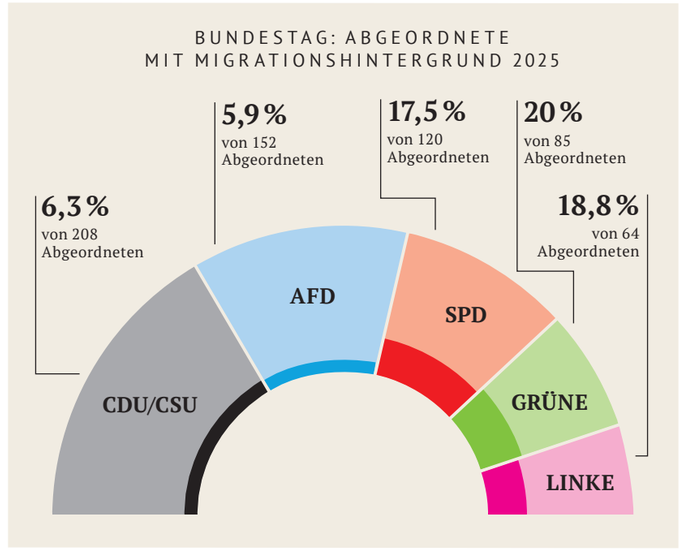
Vielfalt ist die Stärke unseres Landes – und die Stärke unserer Partei. Seit unserer Gründung setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein. Wir wollen, dass sich verschiedene Perspektiven in der Politik und in unserer Partei abbilden. **Unser Ziel: Zusammenhalt in Vielfalt!**

Im Bundestag herrscht eine Vielfaltslücke: Nur knapp 12 Prozent aller Abgeordneten haben eine Migrationsgeschichte. Die meisten Fraktionsmitglieder mit **internationalem Hintergrund** hat unsere **grüne Fraktion: 20 Prozent.** Zum Vergleich: Einwander*innen und ihre Nachkommen machen 14,4 Prozent aller Wahlberechtigten aus, in der Gesamtbevölkerung sind es 29,7 Prozent.*

Wir stehen für gesellschaftliche Viefalt.
Um den Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Politik weiter zu erhöhen, haben wir im Jahr 2020 als erste Partei in Deutschland ein **Vielfaltsstatut** beschlossen:

Menschen, die etwa wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden, sollen in unserer Partei auf allen Ebenen, in Gremien und Versammlungen präsent sein und Zugang zu politischen Ämtern erhalten. Zudem diskutieren Delegierte der grünen Landesverbände, der Bundestags- und Europafraktion sowie der Bundesarbeitsgemeinschaften regelmäßig im **Diversitätsrat** über Vielfaltspolitik und darüber, welche Antworten wir auf die erstarkende Rechte geben können.

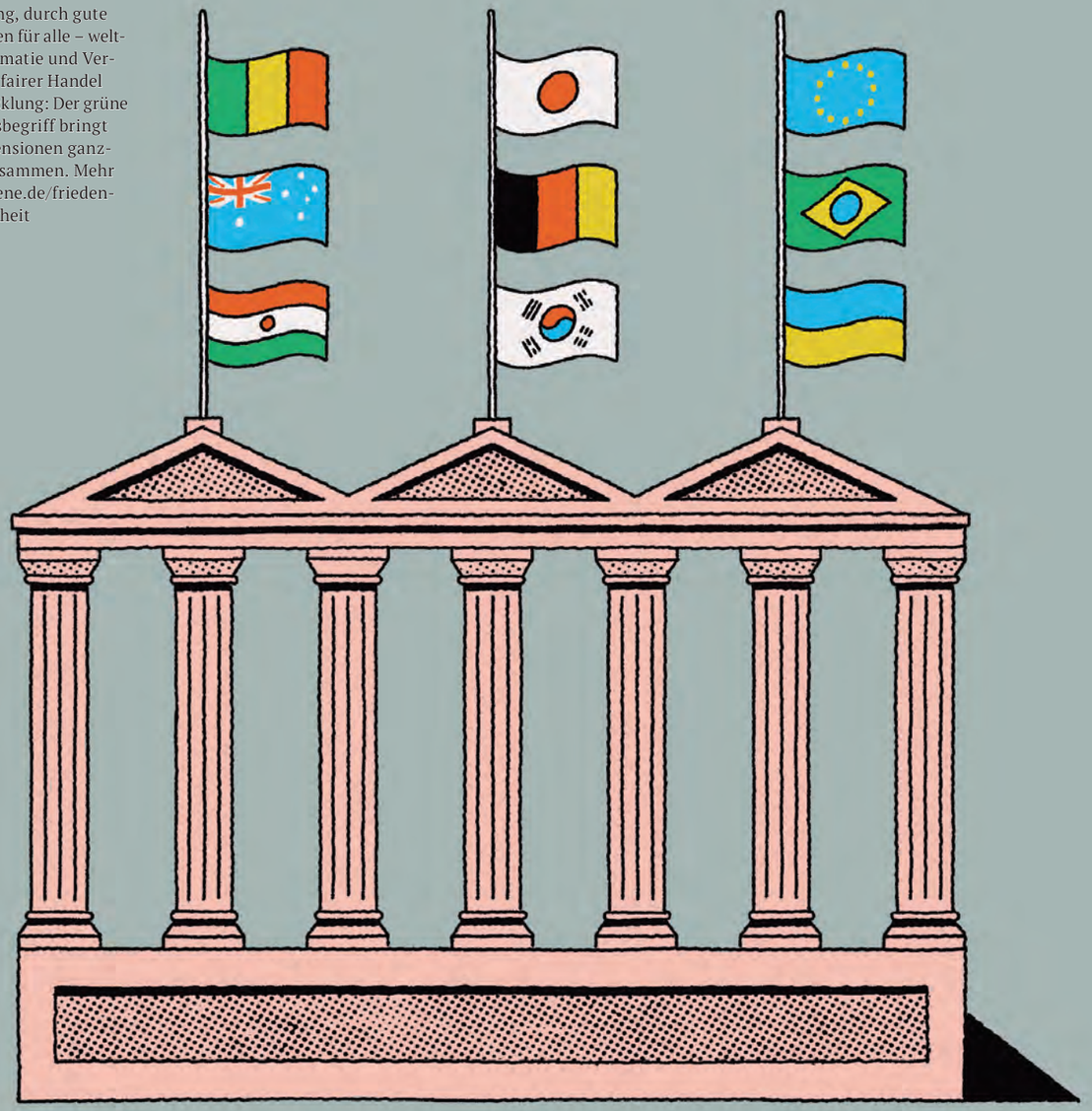
Mehr zum Vielfaltsstatut findet ihr hier: **gruene.de/artikel/beschluss-des-vielfaltsstatuts**



* Quelle: Mediendienst Integration

ANZEIGE

Kooperation statt Konfrontation und Krieg! Mehr Waffen führen nicht automatisch zu mehr Sicherheit. Nachhaltig gedacht, entsteht Sicherheit noch immer vor allem durch vernetzte Beziehungen, durch politische und wirtschaftliche Entwicklung, durch gute Perspektiven für alle – weltweit. Diplomatie und Verteidigung, fairer Handel und Entwicklung: Der grüne Sicherheitsbegriff bringt diese Dimensionen ganzheitlich zusammen. Mehr unter: gruene.de/frieden-und-sicherheit



Für mehr Sicherheit – überall!

In den Verhandlungen um die Schuldenbremse haben die Grünen dafür gesorgt, dass nach vorne investiert wird – auch in eine kluge Verteidigung, die längst nicht bei der Ausstattung der Bundeswehr aufhört. Ein Essay über hybride Bedrohungen, die geopolitische Neuvermessung der Welt und darüber, warum längst nicht nur Stahl für Sicherheit sorgt.

VON GERO GÜNTHER

Als Joschka Fischer im Frühjahr im Ersten bei Caren Miosga zu Gast war, hatte er eine klare Botschaft dabei: Man dürfe sich über die neue geopolitische Lage keine Illusionen machen, sagte der ehemalige grüne Außenminister (1998-2005). „Was wird das für eine Welt, in der die USA als Ordnungskraft faktisch ausfallen?“, fragte ein sichtlich betroffener Fischer und lieferte die Antwort gleich mit: „Eine sehr chaotische Welt, und da wird alles neu vermessen werden.“

Zu lange haben sich Europa und Deutschland darauf verlassen, dass USA und Nato die Sicherheit auf dem Kontinent garantieren. Zu lange war die Bundesrepublik willens, günstige Energie und Rohstoffe in großem Stil aus Russland zu beziehen und sich damit in eine krasse Abhängigkeit zu begeben – wovor die grüne Bundestagsfraktion schon 2016 warnte. In einer Rede im Bundestag warnte auch Annalena Baerbock 2020 nachdrücklich, dass unsere außenpolitische Souveränität gefährdet sei. Noch immer leidet Deutschland an den versteckten Kosten dieser vermeintlich billigen Energie. Und das in einer Zeit, in der die Bundeswehr in Rekordzeit wieder wehrfähig gemacht werden muss und hochrangige Militärs nicht mit drastischen Worten sparen: „Wir befinden uns schon lange nicht mehr im Frieden“, sagt André Bodemann, Oberbefehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr und einer der Autoren des „Operationsplans Deutschland“, in dem die militärischen und zivilen Aktivitäten für den Verteidigungsfall koordiniert werden. Sogenannte **hybride Angriffe**, erklärt Bodemann, seien längst an der Tagesordnung – und verursachen Milliardenschäden.

Hybride Bedrohungen

Weil der Hybridkrieg buchstäblich unter dem Radar verläuft, können traditionelle militärische Methoden dem wenig entgegensetzen. Ein Beispiel? Die Maßnahmen in „Russlands Cyberkrieg gegen den Westen“, die der *Spiegel* und andere Medien in den **„Vulkan files“** enthüllte. Wenn es dem Aggressor nicht mehr um den Sieg auf dem Schlachtfeld geht, sondern darum, Chaos und Instabilität zu verbreiten, muss auch Verteidigung ganzheitlicher verstanden werden.

„Wir müssen die Gesellschaft viel klarer mit der neuen Bedrohungslage konfrontieren“, fordert Grünenmitglied Götz Witzel, Unternehmensberater und Offizier der Reserve. „Und wir müssen rasch Konsequenzen ziehen und in allen Bereichen resilienter werden.“ Nicht umsonst engagiert sich Witzel als Vorstand des Vereins Bundeswehr-Grün, dessen Ziel es ist, den Austausch und das Verständnis zwischen Partei und Armee zu fördern. Dank des grünen Verhandlungsgeschicks, betont der ehemalige Soldat, würden künftig auch Gelder für die Cybersicherheit, den Bevölkerungsschutz und die Nachrichtendienste von der Schuldenbremse ausgenommen und völkerrechtswidrig angegriffene Staaten unterstützt. Witzel betont aber auch: „Wir starten von ziemlich weit hinten“, es hapere an allen Ecken und Enden.

»Wir müssen die Gesellschaft viel klarer mit der neuen Bedrohungslage konfrontieren und in allen Bereichen rasch resilienter werden.«

GÖTZ WITZEL

Hybride Angriffe

Vor fast 20 Jahren wurde von US-Militärexpert*innen der Begriff des *hybrid warfare* geprägt. Diese Art der Kriegsführung verwischt bewusst die Grenze zwischen Krieg und Frieden. Sie reicht von Cyber-Angriffen auf kritische Infrastrukturen, Sabotage und Spionage über die gezielte Spaltung von Gesellschaften und die Manipulation von Wahlen, etwa durch Fake News und Desinformation, bis hin zur Tötung einzelner Funktionsträger*innen. Russland, China und der Iran bedienen sich solcher Mittel. Auch Israel nutzt etwa digitale Waffentechnologien im Kampf gegen die Hamas.

Vulkan files

Geleakte, interne Unterlagen eines russischen IT-Unternehmens gaben 2023 Einblick in Putins Cyberwar gegen den Westen: Stromnetze lahmlegen, Satellitenverbindungen stören, Rechner im Bundestag hacken, Desinformation und Deepfakes über die sozialen Medien verbreiten. Solche Aktionen werden von der Bevölkerung kaum als konzertierter feindlicher Angriff wahrgenommen.

Alle Illustrationen: Robert Samuel Hanson

Massiver Innovationsschub

In Zeiten, in denen wir digital angegriffen werden, geht es nicht nur um ein erhöhtes Bewusstsein, sondern auch um einen Innovationsschub. Wer sich erfolgreich verteidigen will, braucht neben Soldat*innen, Panzern und Raketen auch KI-basierte Analyse-Tools, Krypto-Technologien und kreative Köpfe wie Sven Weizenegger. Der 43-Jährige leitet seit fünf Jahren den **Cyber Innovation Hub** (CIHBw) der Bundeswehr und macht dort das, was er schon als jugendlicher Hacker in Neukölln getan hat: kreative Lösungen finden. Weizenegger zeigt sich in Interviews überzeugt davon, „dass die Zukunft der Verteidigung nicht mit Lösungen der Vergangenheit gewonnen wird".

Ganz konkret zapft Weizenegger gute Ideen aus der Welt der Tüftler*innen und Forschenden an, um Probleme der Truppe punktgenau und schnell zu lösen. Egal, ob es um neue Logistiklösungen oder innovative Ausbildungskonzepte geht, der Cyber Innovation Hub bringt, wie sich Weizenegger ausdrückt, „Geschwindigkeit in die Bundeswehr". Mehr als 180 **Innovationsvorhaben** hat der Hub bisher angestoßen. 40 davon sind bereits in der Truppe im Einsatz.

Der Vorteil seiner Institution bestehe in ihrer Effizienz, sagt Weizenegger in einem Interview im „Defence Innovation"-Podcast: „Und es gibt einen klaren und direkten Connect in die Truppe." Jede*r Soldat*in könne sich mit ihrem und seinem Anliegen, Problemen und Lösungsvorschlägen auf der Website des Hub melden, ohne eine*n Vorgesetzte*n befragen zu müssen – genauso wie Ideenfinder*innen aus der privaten Wirtschaft ihren Lösungsvorschlag als „Pitch" unkompliziert

»Wir müssen gerade jetzt in weltweite Partnerschaften investieren. Europa und Deutschland laufen Gefahr, zwischen Russland, China und den USA zerrieben zu werden.«

IMME SCHOLZ

Cyber Innovation Hub (CIHBw)

Die Aufgabe des CIHBw besteht darin, Bubbles miteinander zu „connecten", die bisher kaum Berührung hatten: das bunte Universum der Unternehmensgründer*innen, Programmierer*innen, Gamer*innen und Hacker*innen und die starre Struktur der Bundeswehr mit ihrem ebenso komplexen wie schwerfälligen Beschaffungswesen.

CIHBw-Innovationen

Medizinische Behandlung im Dunkeln? Funktioniert mit den flexiblen LED-Lichtmatten eines Hamburger Start-ups besser als mit der Stirnlampe. Ein wichtiges Ersatzteil fehlt? In Zukunft kann der Zelthaken oder das kaputte Metallteil vor Ort auf dem 3D-Drucker gedruckt werden. Digitale Bausätze, die im Intranet verfügbar sind, machen es möglich. Feindliche Kampfdrohnen dringen in den Luftraum ein? Mit der KI-gesteuerten Interceptor-Drohne einer Münchner Firma kann sie verlässlich – und für einen Bruchteil der Kosten eines herkömmlichen Raketenabwehrsystems – abgeschossen werden.

einbringen können. Wie das funktioniert? Auf jeden Fall per Du. „Ihr sendet uns ein kurzes Problem-Solution Pitch Deck", heißt es auf der Website. Eine Antwort soll es innerhalb von 30 Tagen geben. Denn die Zeit drängt. Trumps „Abwendung von Europa" bezeichnet Weizenegger als „final call", aber eben auch als Chance, nun endlich gemeinsame europäische Rüstungsprojekte zu entwickeln. Wie Weizenegger ist auch Götz Witzel von BudeswehrGrün davon überzeugt, „dass die deutsche Wirtschaft in der Lage ist, die Herausforderungen zu stemmen". Zumal viele Unternehmen nach den Einbrüchen in der Autoindustrie auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern seien. Witzel selbst unterstützt als Berater vor allem kleine und mittelständische Firmen, die für die Bundeswehr produzieren wollen.

Trotz dieser Fortschritte bleibt viel zu tun: Noch verfügt Deutschland nicht über die nötigen Netze, Rechenleistungen und Cloudstrukturen, noch ist Europa, was etwa die Chipherstellung angeht, zu stark von asiatischen Herstellern abhängig. Die Lücken in diesem Bereich endlich zu schließen, käme nicht nur der Bundeswehr, sondern auch der Wirtschaft und den Bürger*innen zugute. Die Grünen fordern dies seit Jahren. Es wird ihre Aufgabe sein, auch aus der Opposition heraus darauf zu drängen, dass die Milliarden für die Bundeswehr nicht allein in Panzer fließen.

Globale Vernetzung als Stärke

Sicherheit hat aber nicht nur mit Wehrfähigkeit zu tun. „Der finanzielle Aufwuchs beim Militär darf nicht zulasten von Diplomatie und globaler Partnerschaft gehen", heißt es in einem Papier des *German Institute of Development and Sustainability* (IDOS), der sich für eine kooperative Welt einsetzt. Angesichts einer aus dem Ruder gelaufenen Politik in den USA fordert der Thinktank, die deutsche Außenpolitik neu auszurichten und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umzugestalten. „Wir müssen gerade jetzt in weltweite Partnerschaften investieren", betont auch Imme Scholz, Vorständin der Heinrich-Böll-Stiftung und ehemalige stellvertretende IDOS-Direktorin. „Denn Europa und Deutschland laufen Gefahr, zwischen Russland, China und den USA zerrieben zu werden."

Seit Jahrzehnten war die deutsche Außenpolitik von der transatlantischen Freundschaft geprägt, die man als Wertegemeinschaft verstand. Ganz so „likeminded", also mit den Europäer*innen gleichgesinnt, waren die USA aber schon vor Trump nicht gewesen. „In einer zunehmend regellosen Welt und in Zeiten multipler Krisen", sagt Imme Scholz,

Sicherheit hat nicht nur mit Wehrhaftigkeit zu tun. Was die Bundesrepublik nicht zuletzt stark macht, ist ihr globales Netzwerk.

„müssen wir über unseren Tellerrand hinaussehen und neue Bündnispartner finden" – schon allein deshalb, weil Probleme wie der Klimawandel nur grenzübergreifend zu lösen sind. Insbesondere Staaten aus dem globalen Süden gehören für Imme Scholz zu den neuen Partnern, die weiterhin an einer regelbasierten multilateralen Ordnung interessiert sind. Angesichts der veränderten Weltlage ist es höchste Zeit, aktiv auf solche Staaten zuzugehen.

Wenn Imme Scholz auf Konferenzen die Instabilität in den internationalen Beziehungen beklagt, bekommt sie von Teilnehmenden aus dem globalen Süden oft zu hören: „Welcome in the club". Für die meisten dieser Länder habe eine solche Zuverlässigkeit nämlich nie gegolten. Umso stärker ist das Interesse vieler Staaten, endlich ernst genommen zu werden und an einem gemeinsamen Regelwerk mitzuarbeiten.

Als Beispiel für eine bereits intensivierte Zusammenarbeit nennt Scholz Brasilien. Zahlreiche Minister*innen aus dem brasilianischen Kabinett hatten im vergangenen Jahr Gespräche mit den entsprechenden Amtskolleg*innen aus der Ampelregierung geführt. Die Themen: wirtschaftliche Zusammenarbeit, erneuerbare Energien, nachhaltige Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, Wissenschaft und Innovation, der Kampf gegen Hunger und Ernährungsunsicherheit sowie gegen Desinformation und Hassrede. Bei den Konsultationen wurde unter anderem ein deutsch-brasilianischer Klimadialog vereinbart, der die Klimakonferenz mit vorbereiten soll, die im November im brasilianischen Belém stattfinden wird.

Deutsche Soft Power

Was die Bundesrepublik stark macht, ist nicht zuletzt ihr globales Netzwerk. Dies stützt sich auf die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die weltweit für eine nachhaltige Zukunft arbeiten und in Beschäftigung, Infrastruktur und Umweltschutz investieren. Forderungen der Union, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe zu kürzen, sind ein fatales Signal, kritisiert Imme Scholz. Dann würde Deutschland Vertrauen und Einfluss verlieren und sich die globale Lage weiterhin destabilisieren.

Nicht erst seit sich die USA unter Trump aus der Entwicklungszusammenarbeit fast vollständig zurückgezogen haben und die US-Entwicklungshilfebehörde USAID von Elon Musk als „kriminelle Vereinigung" verunglimpft wurde, hat sich die Lage bei Themen wie Hunger, Klimaschutz, Schulbildung und Gesundheit weltweit deutlich verschlechtert. „Eine Entwicklungspolitik, die sich auf allen Ebenen um Nachhaltigkeit bemüht, ist nach wie vor die beste Konflikt- und Kriegsprävention", sagt Imme Scholz. Sie fordert, dass die Grünen deutlich machen, „dass die Entwicklungsländer nicht als unbequeme Last gesehen werden können". Deutschland unterstütze wirtschaftlich schwächere Länder beim wirtschaftlichen Umbau und der Anpassung an den Klimawandel nicht aus Mildtätigkeit, sondern es habe sich dazu im UN-Klimaabkommen verpflichtet. Die Kooperation mit dem globalen Süden ist unverzichtbar, um die Klimakrise einzudämmen – die größte Sicherheitsherausforderung unserer Zeit.

Auch die kulturelle und wissenschaftliche Kooperation sind wichtige Bestandteile deutscher Soft Power. Begegnungen und Dialoge zu fördern, erhöht die Stabilität internationaler Beziehungen auf der Graswurzelebene. Deutschland hat ein großes Eigeninteresse, die Zivilgesellschaft in anderen Ländern zu unterstützen. Denn auch das gehört zu einem breiten Sicherheitsbegriff: die Demokratie zu verteidigen. Weltweit, partnerschaftlich und auf Augenhöhe.

ANZEIGE

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Mühen des Fortschritts
Die informellen Strukturen der Ampel-Koalition

Von Arne Jungjohann
96 Seiten
Juni 2025

Wie funktioniert gutes Regieren eigentlich? Wo treffen welche Personen welche Entscheidungen? Diese Studie liefert interessante Einblicke hinter die Kulissen und stellt Verfahren, Abläufe und Gremien vor, die die Ampel-Koalition nutzte.

boell.de/publikationen

RENTE MIT ZUKUNFT
Perspektiven der Alterssicherung

Die zukünftige Finanzierung der Alterssicherung wird in der alternden Gesellschaft kontrovers diskutiert. Wie können sich alle Generationen auf das Leistungsversprechen der Rente verlassen? Unsere Studie und unser Dossier zeigt verschiedene Szenarien auf.

boell.de/rente-mit-zukunft

Unser Newsletter
Jeden Monat. Kostenfrei.
In Eure Mailbox.
Jetzt abonnieren!

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstr. 8, 10117 Berlin ***boell.de***
Heinrich-Böll-Stiftung
boellstiftung *boell_stiftung*

Für die Jungen!

Dank der Grünen wurde die Schulden- und Zukunftsbremse im Grundgesetz gelockert. Davon sollen vor allem junge Generationen profitieren. Kommt das an bei jungen Menschen, von denen viele zuletzt weit jenseits der Mitte gewählt haben? Was bewegt die Jungen? Und wie kann Politik sie wieder besser erreichen? Wir haben nachgefragt.

»Unsere Schulen sind in miserablem Zustand. Das ist würdelos.«

„In der 7. hatten wir keine Physik, weil es nicht genügend Lehrer gab“, sagt **Realschüler Felix, 15, aus München**. „Wir brauchen mehr Lehrer – jetzt!“ Auch **Emily, 20**, die an einer Mittelschule war, kritisiert: „Unsere Schulen sind in miserablem Zustand. Die Toiletten sind verdreckt, das ist würdelos. Der Unterricht ist veraltet. Auf die Stärken der Einzelnen wird zu wenig eingegangen, dabei ist das die neue Generation!“

Bildung ist Ländersache. Laut der Kultusministerkonferenz wird der Lehrermangel bis 2033 anhalten.

»Ohne Jugendzentren sieht es düster aus«

„In meiner Heimatregion im Landkreis Görlitz ist der Jugendring Oberlausitz pleitegegangen – unter anderem, weil Fördergelder ausgeblieben sind“, sagt **Julia, 25, die in Leipzig studiert**. Viele demokratiefördernde und kulturelle Projekte würden vernachlässigt: „In den vergangenen Jahren mussten viele Jugendzentren schließen, die eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen sind.“ Gerade auf dem Land gibt es wenige Orte, an denen Jugendliche abhängen können, ohne Mitglied im Fußballclub oder einem anderen Verein sein zu müssen. Da aber, wo sich der Staat rauszieht, gehen die Rechten rein. „Wenn immer mehr Projekte, die Demokratie und Kultur fördern, eingestellt werden, sieht es düster aus“, sagt Julia. Von der Politik fühlt sie sich zu wenig repräsentiert: „Es sind ja kaum junge Leute, die über die Themen diskutieren und entscheiden, die uns Junge betreffen.“

Nur 20 Prozent der 18- bis 24-jährigen Jung- und Erstwähler*innen glauben, dass ihre Anliegen von den demokratischen Parteien der Mitte ernst genommen werden (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung 2024).

»Wehrpflicht: ein geklautes Jahr mehr«

Die schwarz-rote Koalition plant einen Wehrdienst, der – „zunächst“ – freiwillig sein soll. „Unsere Generation ist ohne Krieg aufgewachsen, der Krieg in der Ukraine ist beängstigend, gleichzeitig versuche ich, mich nicht verrückt machen zu lassen“, sagt **Patrice, 23, Student aus Deggendorf.** Die Diskussion über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ärgert ihn – besonders nach zwei Jahren mit wiederkehrenden Corona-Lockdowns. „Das waren zwei Jahre, die uns fehlen, in denen wir über lange Zeit nicht in die Schule gehen durften und viele zu Hause vereinsamt sind. Die Wehrpflicht bedeutet: ein geklautes Jahr mehr! Da bestimmen Politiker*innen von oben herab, was junge Menschen tun müssen, selber würden sie aber nie in den Krieg ziehen.“

Im März zeigte eine repräsentative YouGov-Umfrage, dass 58 Prozent der Bevölkerung eine Wehrpflicht für junge Menschen begrüßen. 61 Prozent der 18-29-Jährigen sind dagegen.

Du willst für eine gerechte Zukunft kämpfen – für alle Menschen? Dann bist du bei der Grünen Jugend genau richtig! gruene-jugend.de

»Wir brauchen keine tanzenden Politiker*innen auf TikTok«

Patrice findet es gut, dass Politiker*innen auf TikTok & Co. sichtbar sind: „Doch die meisten sind aus der Stadt, die Leute auf dem Land werden oft vergessen.“ **Julia** sagt: „Wir brauchen keine tanzenden Politiker*innen, wir wollen ernstgenommen werden. Warum fragen die nicht, was junge Leute eigentlich bewegt?“ Auch **Patrice** wünscht sich leicht verständliche Videos, in denen Politiker*innen ihre Parteiprogramme erklären, aber auch Fragerunden und Social-Media-Sprechstunden abhalten, in denen man direkt nachhaken kann.

»Alles ist krass teuer«

Die Mieten und Lebenshaltungskosten steigen. „Unbezahlte Praktika oder eine lange Ausbildung kann sich kaum jemand leisten“, sagt Erstwählerin **Emily, 20, Auszubildende aus Passau.** Sie lebt nicht mehr bei ihren Eltern und muss vom Azubigehalt die WG-Miete zahlen. „Jede und jeder sollte unabhängig vom Elternhaus die Ausbildung machen können, die sie oder er machen will. Da wünsche ich mir mehr Unterstützung“, sagt Emily. Auch **Julia** beobachtet: „Viele Ausbildungswege stehen nur sehr privilegierten Menschen offen.“ Emily und Julia sprechen sich, wie die Grünen, für ein elternunabhängiges Bafög aus. **Patrice** wünscht sich mehr Regulierung von Mietpreisen: „Es ist krass, wie teuer das Leben geworden ist.“

Im Jahr 2023 waren 36 Prozent der Studierenden in Deutschland armutsgefährdet. Von den Studierenden, die allein oder in WGs leben, gelten sogar mehr als 80 Prozent als arm. 2023 waren knapp 13 Prozent der Studierenden BAföG-berechtigt.

»Der Klimawandel macht keine Pause«

Felix, 15, Realschüler aus München, mahnt die Politik: „Der Klimawandel macht doch keine Pause, weil wir gerade andere Sorgen haben.“ Dass die Grünen 100 Milliarden Euro für den Klimaschutz durchgesetzt haben, finden unsere Befragten gut. Doch sie bleiben skeptisch, was mit dem Geld passiert. Für **Bela, 18, Gymnasiast aus Jena**, ist die Summe ohnehin viel zu klein: „Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der verdampft – wortwörtlich. Wir müssten zudem viel mehr Geld in das marode ÖPNV- und Bahnnetz stecken.“ Auf dem Land ist es ohne Auto frustrierend, berichtet **Tamara, 20,** die im **Bayerischen Wald als Einzelhandelskauffrau** arbeitet. „In unserem Dorf fährt morgens der Schulbus in die nächste Stadt und mittags zurück, für jeden Einkauf oder um abends wegzugehen, braucht man das Auto – es gibt keine Aussicht, dass sich das ändert.“

Klimawandel (63 Prozent) und Umweltverschmutzung (64 Prozent) sind laut der Shell Jugendstudie 2024 wichtige Themen für viele Jugendliche. Noch wichtiger: ein sicherer Arbeitsplatz (91 Prozent).

»Wir haben keine Lobby«

Die Grünen haben das Wahlalter bei der Europawahl 2024 auf 16 gesenkt. Gut so, sagen unsere Befragten. Auf Bundesebene bräuchte es dafür eine Grundgesetzänderung. „Wenn man bei *allen* Wahlen mit 16 wählen dürfte, hätten wir mehr Mitbestimmungsrecht“, sagt **Felix**. Von unseren Befragten ist nur **Bela** politisch aktiv. Vier Jahre lang war er im überparteilichen Jugendparlament in Jena, zwei Jahre als Vorsitzender: „Mir war es wichtig, die Stimme der Jungen zu vertreten, denn die Jugend hat leider keine Lobby in der Politik.“ Bela schätzt den Austausch mit Jugendlichen, die auch andere politische Ansichten vertreten. Gemeinsam organisierten sie im Jugendparlament Podiumsdiskussionen, etwa vor den Landtags- und Kommunalwahlen in Thüringen. Die Polarisierung in der Politik bereitet Bela Sorgen: „Politiker*innen gehen kaum noch aufeinander zu, es geht immer gegeneinander statt miteinander.“

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen interessiert sich für Politik. 36 Prozent gaben an, sich selbst politisch zu engagieren (Shell Jugendstudie 2024). Wichtig bei allen Beteiligungsformaten: Vorschläge der Jungen müssen auch umgesetzt werden.

Alles, was die Merkel-Koalitionen in Sachen Klimaschutz versäumt hatten, ist der Ampel auf die Füße gefallen. Die Grünen haben die Herausforderung in der Regierung angenommen, die Energiewende hat zu einem Höhenflug angesetzt (s. Grafiken). Auch global setzt sich dieser Trend fort, beim Stromzubau dominieren die erneuerbaren Energien: Im Jahr 2024 trugen sie zu über 90 Prozent zum gesamten weltweiten Stromausbau bei! Zum dritten Mal in Folge waren die Erneuerbaren damit die weltweit größte Quelle neuer Stromerzeugung. Mehr dazu im Bericht der *Internationalen Organisation für erneuerbare Energien* (IRENA) unter: irena.org

Für ein besseres Leben!

In der Ampel haben die Grünen im Rekordtempo die erneuerbaren Energien ausgebaut. Auf ihr Drängen steht „Klimaneutralität“ nun auch im Grundgesetz. Zugleich wächst der Widerstand der Klimaschutzbremser. Ein Gespräch mit *Correctiv*-Autorin Annika Joeres über die „Milliarden-Lobby“, die uns weiter „von Öl und Gas abhängig halten will“ – und wie Klimaschutz unser Leben verbessert.

INTERVIEW: NATALY BLEUEL

Kürzlich hat die Internationale Energieagentur die „sehr beeindruckenden Fortschritte“ gelobt, die Deutschland beim Ausbau der erneuerbaren Energien erzielt habe. Es sieht also nicht schlecht aus für die Energiewende?

ANNIKA JOERES Im Stromsektor gab es tatsächlich riesige Fortschritte. Solche Erfolge darf man ruhig mal betonen. Der Ökostromanteil kletterte unter Robert Habeck auf fast 60 Prozent. Die Grünen haben auch durchgesetzt, dass das Ziel „Klimaneutralität bis 2045“ im Grundgesetz erwähnt wird. Beim Primärenergieverbrauch sind wir aber noch – von der Tankfüllung bis zur Industrieproduktion – zu rund 80 Prozent von fossilen Energien abhängig. Um Klimaneutralität zu erreichen, müsste sich also noch viel ändern. Die neue Merz-Regierung bekennt sich zwar zu den Klimazielen. Leider steht im Koalitionsvertrag wenig Konkretes, wie das erreicht werden soll. Und es gibt Anzeichen, dass der Einfluss der fossilen Lobby noch größer wird.

In Ihrem neuen Buch *Milliarden-Lobby* schreiben Sie über diese „Gegner der Energiewende“. Wer gehört zu diesem Netzwerk?

JOERES Das sind in erster Linie die Gas- und Erdölkonzerne, es gehören aber auch viele Stadtwerke dazu, die bis jetzt auf Öl und Gas gesetzt haben, um beispielsweise Wohnungen zu heizen. Da geht es um sehr viel Geld. Würden etwa alle Gasheizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden, würde das laut unserer Rechnung einen geschätzten Einnahmeverlust von 28 Milliarden Euro für die Gaslieferanten bedeuten – pro Jahr. Das ist eine Summe, für die es sich zu bremsen lohnt. Aber auch große Teile der CDU zählen dazu, die am alten fossilen Modell festhalten wollen, etwa am Verbrennermotor bei Autos. Das Bremsen zeigt sich auch im Koalitionsvertrag der Merz-Regierung.

Haben Sie Beispiele?

JOERES Wind- und Solarkraft, unsere wichtigsten klimaneutralen Energiequellen, werden mit vagen Worten bedacht. Unter dem Schlagwort „Technologieoffenheit“ setzt man auf teils unsinnige Dinge: Die einzige konkrete Idee zum Klimaschutz ist das „Carbon Capture and Storage (CCS)“ – der Traum, Treibhausgase in der Nordsee zu verpressen. Diese Abscheidung und Speicherung von CO_2 ist aber ein teures und unsicheres Vorhaben, weltweit sind die meisten CCS-Projekte gescheitert. Und die neue Wirtschaftsministerin drängt auf den massiven Neubau von Gaskraftwerken.

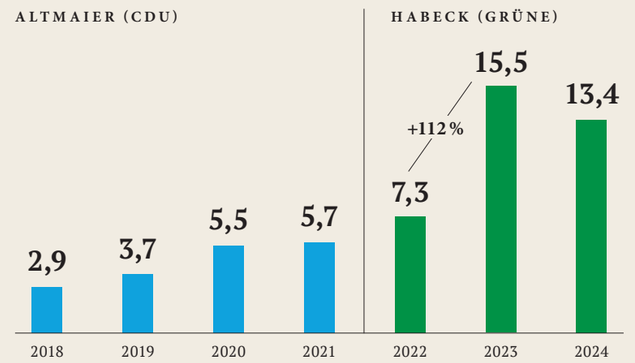
Woher kommt die Gasfreudigkeit?

JOERES Wir recherchieren seit einem Jahrzehnt zu Lobbyarbeit – und was die Gaslobby erreicht hat, ist eine Sternstunde des Lobbyismus. Obwohl es jeder Grundlage entbehrt, hat sie dem Gas ein klimafreundliches Image verpasst und es als grüne Alternative zu Kohle und Öl positioniert. Dabei gibt es Studien, die besagen, dass Erdgas ähnlich klimaschädlich wie Kohle sei, von der wir uns glücklicherweise verabschiedet haben.

»Was die Gaslobby erreicht hat, ist eine Sternstunde des Lobbyismus. Obwohl es jeder Grundlage entbehrt, hat sie dem Gas ein klimafreundliches Image verpasst.«

ANNIKA JOERES

DER HABECK-EFFEKT BEIM PV-AUSBAU



Jährlicher Zubau von PV-Leistung in Deutschland (GW)

»Ein Land, das seine Energie aus Sonne und Wind selbst produziert, bleibt unabhängig von den Macht- und Preiskämpfen anderer. Klimaneutralität ist kein Projekt von durchgeknallten grünen Spinnern.«

ANNIKA JOERES

Mehr als die Hälfte der Deutschen heizt noch mit Erdgas, während in Skandinavien teils weit über die Hälfte aller Haushalte eine Wärmepumpe nutzen, schreiben Sie in Ihrem Buch. Warum wurde das bei uns verschlafen?
JOERES Weil das Thema „Heizen" bis in die Wohnzimmer der Wähler*innen reicht, das heiße Eisen hat vor der Ampel niemand angefasst. Im Gegenteil: Gasheizungen wurden mit Tausenden Euro gefördert, anstatt Wärmepumpen & Co. zu bezuschussen. Als Habeck das Thema anging, hat die Gaslobby über die Springer-Presse eine sehr erfolgreiche Kampagne gegen das Heizungsgesetz gefahren. Sie hatte in der Ampel-Regierung mit Frank Schäffler von der FDP sogar einen Lobbyisten sitzen, der den Klimawandel bezweifelt und in der *Bild*-Zeitung die Lüge verbreiten durfte, Wärmepumpen kosteten Hunderttausende von Euro; später musste er einräumen, selbst eine verbaut zu haben. Das war nur eine der Falschinformationen, die über das angebliche „Heizungsverbot" kursierten.

Mit der Folge, dass sich viele Menschen schnell noch Gasheizungen einbauen ließen.
JOERES Diese Desinformation auf höchster Ebene hat die tragische Folge, dass diese Menschen viel Geld werden zahlen müssen, wenn die Gaspreise etwa wegen Lieferengpässen und den europäischen Emissionzertifikaten für Gebäude steigen werden.

Warum hat die Springer-Presse diese emotionale Kampagne gefahren?
JOERES Wir haben für unser Buch mit zwei Personen sprechen können, die zu der Zeit für die *Bild*-Zeitung arbeiteten. Sie erzählten uns, dass viele Ressortleiter FDP-Anhänger gewesen sein sollen, die jede „grüne Politik" ablehnen. Auch die FDP-Nähe von Springer-Chef Mathias Döpfner ist ja kein Geheimnis. Habecks Wirtschaftsministerium hingegen hat es versäumt, das Gesetz gut zu verkaufen, man hat den Widerstand stark unterschätzt.

Was können die Grünen daraus lernen?
JOERES Das Heizungsgesetz hatte den Startfehler, dass für Haushalte mit wenig Geld zunächst zu wenig Unterstützung vorgesehen war. Menschen mit geringem Einkommen müssen finanziell unterstützt werden, wenn sie andere Heizsysteme benutzen sollen. Es ist nicht sinnvoll, Förderungen per Gießkanne zu verteilen. Davon profitieren vor allem Besserverdienende – etwa auch bei der Förderung von E-Autos, die für Geringverdienende noch viel zu teuer sind. Klimapolitik muss als Gewinnerthema für niedrige Einkommensschichten etabliert werden, sonst können Rechtspopulisten wie bislang Hass dagegen schüren. Klimapolitik muss das Leben sichtbar verbessern.

Viele Menschen verbinden mit Klimapolitik, dass sie auf etwas verzichten sollen.
JOERES Das ist eine Frage des Wordings. Schauen Sie nach Paris! Da hat man auf Autostraßen verzichtet und nun nutzen die Pariser Bürger*innen erstaunlich massiv Fahrräder. Die Bürgermeisterin Anne Hidalgo hat aber nicht von Verzicht gesprochen, sondern von einem Gewinn an Gesundheit – indem sie auf das verwies, was uns am wichtigsten ist: das Leben unserer Kinder. Sie leiden stark unter Luftverschmutzung, unter Lärm, unter Unfällen. Verkehrspolitik ist Gesundheitsschutz.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft betont, dass Klimapolitik auch zur Sicherheit beiträgt.
JOERES Das sehen mittlerweile sogar Militärexpert*innen so. Gas, Kohle und Mineralöl kommen von weit her, 98 Prozent unserer Tankfüllungen müssen wir importieren. Dadurch sind wir abhängig von Autokraten und Zerstörern, die uns mit Kriegen und Zöllen bedrohen können. Eine Politik, die auf „Weiter so" setzt, erhöht unsere Abhängigkeit vom Ausland und macht uns erpressbar. Ein Land, das seine Energie aus Sonne und Wind selbst produziert, bleibt unabhängig von den Macht- und Preiskämpfen anderer. Klimaneutralität ist kein Projekt von durchgeknallten grünen Spinnern.

Was ist mit Solarzellen aus China, machen die uns nicht abhängig?
JOERES Solarzellen und Windkrafträder können wir wieder weitestgehend in Deutschland herstellen. Und wenn man die einmal hat, stehen sie ein paar Jahrzehnte – Gas und Öl aber müssen jeden Tag, jede Sekunde, aus dem Ausland herangeschafft werden.

Wie können die Grünen aus der Opposition heraus ein „Weiter so" verhindern?
JOERES Mir erscheint es das Wichtigste, auf das Rationale und die Plausibilität sowie eigene Kernthemen wie die Solarenergie zu pochen. Die CDU hat Herzensprojekte, die man nur psychologisch verstehen kann, ihr Herz hängt etwa am Fusionsreaktor. Vielleicht ist das der Traum, noch mal was ganz Neues zu schaffen und über sich hinauszuwachsen. Dabei schieben selbst Wissenschaftler*innen solche Entwicklungen in eine ferne Zukunft, in der wir längst klimaneutral sein sollen. Die Milliarden müssen in sinnvolle Projekte fließen, die jetzt Sicherheit und Gesundheit schaffen. Mit Solar- und Windkraftproduktion hat man ad hoc massive positive Effekte. Es wird die schwierige Aufgabe der Grünen sein, darauf zu pochen, wenn die SPD beispielsweise mal wieder die Klimapolitik zu opfern bereit ist, um ihre Themen wie den Mindestlohn zu sichern. Der ist auch wichtig, keine Frage. Ohnehin kann die CDU nicht alles ignorieren, was die Grünen aus der Opposition heraus sagen, weil sie ja vielleicht noch mal mit ihnen regieren wollen.

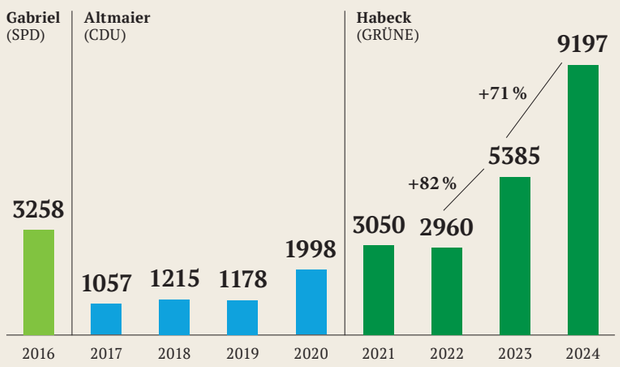
In Ihrem Buch skizzieren Sie fünf konkrete Schritte für eine klimagerechte Zukunft. Welche sind das?
JOERES Das lässt sich anhand eines normalen Tagesablaufs beschreiben. Anders als im Stromsektor sind wir wie gesagt bei der Primärenergie, mit der wir heizen und unsere Autos betanken, noch stark von Öl und Gas abhängig, das betrifft von morgens bis abends unser gesamtes Leben.

Fangen wir mit dem Frühstück an!
JOERES Das Frühstücksbrötchen wird mit hohem Düngemitteleinsatz produziert, wofür Gas und Mineralöl gebraucht wird. Liegt auf dem Brötchen noch eine Scheibe Wurst, wird für diese Soja und Kraftfutter importiert. Man sollte eine lokale, biologische Landwirtschaft fördern, die weniger Dünger benötigt, und gesunde Lebensmittel geringer besteuern. Wir können mit Wärmepumpen heizen, die Menschen müssen dazu besser beraten werden. Hinzu kommen Arbeit und Produktion. Es ist ein großer Fehler, den Industriestrompreis pauschal zu senken, denn dadurch fehlt der Anreiz, Energie einzusparen. Die Zementindustrie etwa verbraucht unheimlich viel Energie. Dabei kann man auch anders bauen als mit Beton. Es gibt zu allem Alternativen.

Klimaneutralität wird kommen?
JOERES So oder so, denn der Mensch will überleben. Und Klimaneutralität macht das Leben gut: gesund, sicher und gerecht.

Die preisgekrönte Journalistin und Buchautorin Annika Joeres arbeitet als Klimareporterin für die Investigativ-Redaktion *correctiv.org* und berichtet für die *Zeit* aus Frankreich, wo sie mit ihrer Familie lebt. Gerade erschien ihr Buch *Die Milliarden-Lobby. Wer uns von Öl und Gas abhängig macht*, das sie gemeinsam mit der *Spiegel*-Journalistin Susanne Götze geschrieben hat.

DER HABECK-EFFEKT UND DIE ALTMAIER-LÜCKE BEIM WINDENERGIEAUSBAU



Genehmigte Windenergieleistung nach 3 Quartalen

ANZEIGE

EnBW

Wir laden Deutschland

Willkommen im EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland

connect TESTSIEGER ELEKTROMOBILITÄTS-ANBIETER EnBW mobility+ Oktober 2023

TESTSIEGER 2023 BESTE ABDECKUNG Auto Bild eMobility Excellence EnBW mobility+ Unabhängige Anbieter D/A/CH Heft 21/2023

Zusammenhalt in Vielfalt bedeutet: Jede*r hat das Recht, respektiert und gehört zu werden, sich zu beteiligen und einzumischen. Weltweit werden Demokratie und Menschenrechte aber immer stärker eingeschränkt, wie der Altas der Zivilgesellschaft 2025 der Organisation *Brot für die Welt* zeigt. Auch Deutschland gilt als „beeinträchtigt" – unter anderem durch das harte Vorgehen gegen Klimaproteste. Die Offenheit unserer Gesellschaft zu bewahren, bleibt weiter der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen. Mehr unter: gruene.de/vielfalt

Für die Vielfalt!

Rechtskonservative Populist*innen spielen mit dem Autoritarismus. Ein Ziel: den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft zu schwächen. Zeit, dagegenzuhalten. Ein Blick nach Amerika zeigt, wie das gehen kann: nerven, nerven, nerven! Und auch das eigene Tun hinterfragen.

EIN ESSAY VON ANDRÉ BOSSE

Suzanne Vega hat in ihrem Leben viel erlebt. Seit den 80er-Jahren ist sie ein Popstar, berühmt geworden mit Liedern wie „Tom's Diner" oder „Luka". Vega schreibt Songs über New York, ihre Stadt. Und über die USA, ihr Land – das ihr gerade verloren geht. Nicht zum ersten Mal, aber so krass wie jetzt war es noch nie. „Im Namen der Freiheit für wenige wird der vielfältigen Gesellschaft die Freiheit entzogen", sagt sie. „Die Wahrheit wird umgedreht. Und dort, wo das nicht geht, wird sie abgeschafft." Man hört häufig, die US-Zivilgesellschaft befinde sich seit dem zweiten Wahlsieg von Trump in Schockstarre. Müde, desillusioniert, deprimiert. Suzanne Vega erweckt einen anderen Eindruck: „Ich bin so wach wie nie zuvor." Schließlich gelte es die Demokratie zu retten. Was sie konkret macht? „Nerven, nerven, nerven! Fragen Sie mal bei Jerry Nadler nach." Nadler ist Kongressabgeordneter für den 12. Distrikt von New York City. Ein Demokrat, natürlich, dies ist die liberale Upper West Side. Nadler holte mehr als 80 Prozent bei der Kongresswahl 2024, aber Suzanne Vega sorgt dafür, dass er sich auf seiner satten Mehrheit nicht ausruht: „Ich habe mein Herz als Aktivistin entdeckt." Und da ist sie in ihrem Bekanntenkreis nicht die einzige: Sie erzählt von der Arbeitsaufteilung in ihrer Aktivismusgruppe. Jede*r mache das, was sie oder er am besten kann. Einige spenden Geld, andere helfen in Suppenküchen. Vega nervt Nadler. „Ich schreibe ihm täglich fünf bis sechs Mails. Gibt es keine Reaktion, rufe ich an." Die Themen? Kürzungen in der Bildung, bei der Parkverwaltung, bei Veteranen… Anfangs habe Nadler ihr gesagt, er könne nicht viel ausrichten, schließlich seien die Demokraten im Kongress in der Minderheit. Darauf habe Vega gefragt, ob er damit ausdrücken wolle, er sei nicht mehr relevant? Seitdem legt er sich ins Zeug, bringt Punkte im Kongress ein, zeigt sich bei Bürger*innen-Versammlungen, bei denen Republikaner immer öfter kneifen. Was die Grünen daraus lernen können? Selbst noch mehr Präsenz zeigen – überall.

Der autoritäre Angriff

Als „zivilgesellschaftliche Notwehr in Zeiten des Kulturkampfes" bezeichnet Vega ihren Aktivismus. Notwehr, Kulturkampf – die politische Sprache ist martialisch geworden. Aber eben auch: angemessen. Die offene Gesellschaft sieht sich einem Angriff von rechts ausgesetzt. Die Motive der Angreifenden liegen offen. Sie basieren auf der Idee des Autoritarismus, einer diktatorischen Herrschaftsform, die sich – so definiert es die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 – auch dadurch kennzeichnet, „Widersprüche und Unklarheiten nicht aushalten zu können oder projektiv nach außen zu verlagern, um ein Kontrollempfinden zu erhalten bzw. zurückzugewinnen". Eine gewisse Portion davon ist allzu menschlich. Man spürt das, wenn im Zug eine Person im Ruhebereich telefoniert und man „Aufhören!" schreien will.

Die offene Gesellschaft sieht sich einem Angriff von rechts ausgesetzt. Die Motive liegen offen: Sie basieren auf der Idee des Autoritarismus.

Was auf individueller Ebene eine Marotte ist, wird auf staatlicher Ebene spätestens dann zu einem Problem, wenn der Autoritarismus politische Macht erhält. Zwar ist diese Macht in einer funktionierenden Demokratie zeitlich begrenzt. Doch damit kommt der Autoritarismus nicht klar: Er hält abgewählt zu werden für eine Zumutung, weshalb er alles daran setzt, die Strukturen der Gesellschaft anzugreifen, die für das stehen, was man „checks and balances" nennt. Die unabhängige Justiz. Freie Medien. Und: die Zivilgesellschaft, das Sammelbecken allen bürgerlichen Engagements. „In einer freiheitlichen Demokratie ist der Staat auf die Zivilgesellschaft angewiesen", sagt Manuela Rottmann, Bundesschatzmeisterin der Grünen. Die Zivilgesellschaft müsse sich mit ihren Verbänden und Vereinen trauen, „Kritik zu üben und Widerstand zu organisieren. Dass das möglich ist, unterscheidet eine Demokratie von autokratischen Systemen."

Aktuell stehen viele Länder auf der Kippe. Was in den USA passiert, nennt die Historikerin Heather Cox Richardson ein „autoritäres Experiment". Ausgang offen, abhängig auch von der Wehrhaftigkeit der Zivilgesellschaft. Diese zu stärken, dazu trägt Richardson ihren Teil bei. Täglich veröffentlicht sie ein Audio-Essay, „Letters from an American". Auf die Idee kam sie Anfang 2024, noch vor Trump 2.0, aber zu einer Zeit, als sich die Polarisierung zuspitzte. Immer wieder habe man sie gefragt, wie dieses Land in diese Lage geraten sei und wie es da wieder rauskomme. Der Newsletter ist Richardsons Versuch, Antworten zu geben, etwa auf die Frage, warum die

Suzanne Vega (*1965), US-Popstar, Sängerin und Songwriterin, kämpft um die Demokratie in ihrem Heimatland: „Ich habe mein Herz als Aktivistin entdeckt.“

Ausgewogenheit beruhigt. Sie muss auch eine Stärke der Grünen sein.

sozial benachteiligte Arbeiterschaft Trump wählt: „Weil die Linke ab Ende der 60er-Jahre viel für Gendergerechtigkeit und den Kampf gegen Rassismus erreicht hat, dabei aber aufgehört hat, über Klassen zu sprechen.“ Richardson analysiert nüchtern, hält den Finger in die Wunden. Und doch wirken ihre „Letters from an American“ für Millionen Hörende wie eine tägliche Umarmung, weil sie ein Gespür dafür hat, was die Menschen wirklich beschäftigt, welche Themen strategisch aufgebauscht werden. Diese Ausgewogenheit beruhigt. Sie muss auch eine Stärke der Grünen sein.

Die konservative Versuchung

Für Trumps Leute ist Autoritarismus ein Versuch. Für Teile des deutschen Konservatismus ist er eine Versuchung. Im Wahlkampf versprach Friedrich Merz, bald werde es wieder eine Politik für Leute geben, „die noch alle Tassen im Schrank haben“ – „und nicht für irgendwelche grünen und linken Spinner“. Der Wahlkampf war auch davon geprägt, dass die Union für nun wirklich jedes Problem die Grünen verantwortlich machte – um nach der Wahl zentrale grüne Konzepte umzusetzen. Dass Teile der Union den Grünen weiterhin zwanghaft „ideologisches Handeln“ vorwerfen? Deren Problem. Bündnisgrünes Denken zeigte sich hingegen bei Martin Heilig in Würzburg, der im Mai zum ersten grünen Oberbürgermeister in Bayern gewählt wurde. Im Wahlkampf ging die CSU ihn unfair an. Heilig reagierte nicht auf die Attacken, er sieht sich nicht als Schlammwerfer, sondern als Brückenbauer. Das kam an bei den Menschen.

Bezeichnend ist indes eine Besetzung im Merz-Kabinett: Publizist Wolfram Weimer als Kulturstaatsminister. 2018 fabulierte er in seinem *Konservativen Manifest* über die „biologische Selbstaufgabe“ Europas und die „Fortdauer des eigenen Bluts“. *FAZ*-Herausgeber Jürgen Kaube, Stimme des kulturaffinen Konservatismus, urteilt gnadenlos: Weimers Begriff von Kultur und sein Geschichtsverständnis wiesen darauf hin, „dass er der falsche Mann am falschen Platz ist. Um es gelinde zu sagen.“ Warum Merz ihm das Amt gab? Wohl vor allem, um – in Weimers Worten – „den Gutmenschen-Bevormundern“ etwas entgegenzusetzen.

In diesem Sinne: Was stört, muss ja nicht gleich weg, aber man kann es ja in Frage stellen, oder? Es wurden dann sogar 551 Fragen. Gestellt von der CDU/CSU am Vortag der Bundestagswahl. Im Visier: 17 zivilgesellschaftliche Gruppen, von den *Omas gegen Rechts* über *Peta* bis zum *Netzwerk Recherche*. Der ungeheure Verdacht: Diese NGOs seien politisch nicht neutral. „Natürlich sind sie das nicht“, sagt Grünen-Schatzmeisterin Manuela Rottmann. „Denn als NGO will man ja Einfluss nehmen, will man etwas verändern.“ Eine der 17 NGOs: die Kampagnen-Organisation *Campact*. Seltsam genug, weil ihr die Gemeinnützigkeit schon 2019 aberkannt worden war. Felix Kolb, Geschäftsführender Vorstand, betrachtet die Aktion der Union als Methode, „die Legitimität von Organisationen zu hinterfragen, die der CDU/CSU auf die Nerven fallen“. Interessant ist, welche Gruppen nicht Teil der Liste sind. Der *Bund der Steuerzahler* etwa, eine gemeinnützige Organisation, „obwohl offensichtlich politisch“, sagt Manuela Rottmann. Was ihn kennzeichnet: Er ist alt. Im Vorstand männerdominiert. „Das entspricht der Norm der Macht“, so Rottmann. „Rückt eine Organisation mit Frauen oder jungen Menschen an, macht sie sich verdächtig.“

Bild: David Berkwitz/Polaris/laif

Zivilgesellschaft: verunsichert

Man könnte denken, die Wirkung der 551 Fragen sei inzwischen verpufft. Felix Kolb von *Campact* ist anderer Meinung. Er glaubt, die Aktion habe das zivilgesellschaftliche Milieu verunsichert. Kolb kennt das beklemmende Gefühl der Unsicherheit aus der Zeit, als 2019 *Campact* die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. „Wir konnten uns darauf einstellen, waren groß genug, sodass wir nicht vor einem existenziellen Problem standen. Aber natürlich kostet so ein Angriff Geld und Energie.“ Kleineren Vereinen könnte da die Luft ausgehen. „Hinzu kommt, dass man vorsichtig wird, aus Angst, sich in die Nesseln zu setzen.“ Traut sich ein Verein noch, sich gegen Rechtextremismus zu stellen – wenn im Raum steht, dass dieses Engagement die politische Neutralität verletzen könnte? „Unsicherheit und Angst sind Gift für die Zivilgesellschaft“, sagt Kolb. Und dieses Gift wird immer höher dosiert.

Unsicherheit und Angst sind Gift für die Zivilgesellschaft. Und dieses Gift wird immer höher dosiert.

Im Zuge der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen kam Ende März heraus, dass die CDU/CSU gerne das Informationsfreiheitsgesetz abschaffen würde, das Behörden zur Herausgabe von Dokumenten verpflichtet. Seit 20 Jahren verrichtet es im Sinne der transparenten Demokratie gute Dienste. In der *Legal Tribune* verweist der Freiburger Informationsrechtler Friedrich Schoch auf die Wirksamkeit des Gesetzes: Die Zivilgesellschaft habe dadurch Zugang zu Informationen über die Bund-Länder-Konferenzen in den Corona-Jahren oder die Reisekostenabrechnungen der Parlamentarier*innen erhalten. Teil der Arbeitsgruppe, die über die Abschaffung des Informationsfreiheitsgesetzes verhandelt hatte: CDU-Politiker Philipp Amthor. Verantwortlich dafür, dass 2020 Amthors Lobbyarbeit für ein US-IT-Unternehmen bekannt wurde: das Informationsfreiheitsgesetz. Im Kulturkampf geht’s mitunter dreist zu. Womit wir bei Julia Klöckner sind.

Frisch gewählt zur (überparteilichen) Präsidentin des Bundestags sagte sie am Karfreitag in der *Bild*, die Kirche verpasse eine Chance, wenn sie „zu tagesaktuellen Themen Stellungnahmen abgibt wie eine NGO“, denn für Aussagen zum Tempolimit zahle sie keine Kirchensteuer. Ein Statement, zwei Ziele: Erstens der Kirche nahelegen, sie solle nicht nerven. Zweitens die Gesamtheit der NGOs als Schmarotzer von Staatsgeldern zu framen. „Dadurch“, sagt Grünen-Schatzmeisterin Manuela Rottmann, „wird der Eindruck erweckt, die Zivilgesellschaft lasse sich vom Staat durchfüttern. Und da beginnt schon die Propaganda. Zumal oft gerade diejenigen NGOs wahrheitswidrig als angeblich staatsfinanziert angegriffen werden, die ihre Finanzierung vollständig transparent im Internet veröffentlichen.“

ANZEIGE

„Im Idealfall wäre die Öffentlichkeit der Ort, an dem über bedeutsame Sachfragen verhandelt wird“, schrieb Armin Nassehi Mitte Januar im *Spiegel*. In unseren Debatten aber, kritisiert der Soziologe, gehe es vor allem darum, dafür oder dagegen zu sein. Viel Meinung, wenig Sachkenntnis, viel Empörung: eine explosive Mischung. Wie schaffen wir es, dass der Gesprächsfaden, auch zu Andersdenkenden, nicht abreißt? Konstruktiv bleiben, Herausforderungen klar benennen, Lösungen aufzeigen und Wege verhandeln. Immer und immer wieder.

Simulierte Debatten

Was sich bei Klöckners Kirchenkritik beobachten lässt, ist die Art der Kulturkampf-Debatten. Sofort ging es begleitenden Medien darum, Lager zu bilden: die Empörten nach links, die Zustimmenden nach rechts. Allen voran die Springer-Presse befeuerte das, was der Soziologe Armin Nassehi „simulierte Debatten“ nennt: „In der sogenannten kritischen Öffentlichkeit“, schrieb er im Januar im *Spiegel*, „wird die Auseinandersetzung nur noch simuliert, mit dem Ziel, Unterschiede zu markieren und die Komplexität von Sachfragen geradezu zu vermeiden“. Die *Bild* etwa erinnerte an den vermeintlichen „Ärger“, der 2024 beim Kirchentag in Nürnberg aufgewallt sei, weil „fast ausschließlich“ fleischloses Essen serviert wurde. Bratwürste, ein zuverlässiger Brandbeschleuniger jeder simulierten Debatte. Wie auch Gleichberechtigung oder Geschlechteridentität. „Bei diesen Themen geht es nicht mehr um die Sache, sondern um die Haltung: Wer immer schon dachte, Frauen wollen zu viel vom Kuchen abhaben, der regt sich halt über Gender-Studies auf“, sagt Felix Kolb von *Campact*. Für die Grünen heißt das: Debatten immer wieder zurückversachlichen.

Klar, in den sozialen Medien hilft das wenig, hier gilt: Wer sich empört, wird auch ohne Argumente gehört. Immer mehr Akteure übertragen das in den politischen Debattenraum. „Die CDU hat sich mächtig geärgert, dass nach der Abstimmung mit der AfD nicht nur die üblichen tausend stadtbekannten Linken protestiert haben – sondern Hunderttausende. Darunter mit Sicherheit auch Wählerinnen und Wähler aus den eigenen Reihen“, sagt Kolb. „Doch statt das eigene Tun kritisch zu reflektieren, wurden die Protestierenden attackiert.“ Die *Welt* kolportierte, die NGOs seien „in Deutschland längst ein Staat im Staate“. Das ist, sagt Kolb, „exakt die rechtsextreme ‚Deep State‘-Argumentation des Trump-Lagers, während die CSU zeitgleich plante, mit dem bayerischen Bauernpräsidenten Günther Felßner einen Lobbyisten zum Agrarminister zu machen.“

Dieses Dickicht aus Doppelmoral und Dreistigkeit zermürbt. So wie der Politik Talente verloren gehen, droht der Zivilgesellschaft der Verlust von Aktivist*innen. Das darf nicht passieren. Stärke ist gefragt. Jede*r so, wie er oder sie kann. Es gilt, sich Verbündete zu suchen. Wirksame Hebel zu finden. Möglich ist das auch in der Opposition. Felix Kolb von *Campact* adressiert an die Grünen einen konkreten Punkt: Die Ampel-Koalition hat die Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts nicht mehr hinbekommen. Im Katalog der Zwecke, die eine Organisation gemeinnützig machen, fehlen Aspekte wie Demokratieförderung oder Einhaltung der Menschenrechte. „Sport ist da drin“, sagt Kolb, „und damit bald wohl auch E-Sports, also Gaming-Wettkämpfe, inklusive Ballerspielen“. Wenn ein Fortnite-Turnier gemeinnützig ist, Demokratieförderung und Menschenrechte nicht, „dann läuft was gründlich schief“. Kolbs Hinweis: Über die Abgabenordnung besitzt auch der Bundesrat einen Hebel. „Höchste Zeit, ihn endlich zu ziehen.“ Die Grünen spielen auch auf der Länder- und Kommunalebene eine wichtige Rolle. Es geht darum, den Ton zu setzen. Errungenschaften zu verteidigen.

Die Grünen spielen auf Länder- und Kommunalebene eine wichtige Rolle. Es geht darum, den Ton zu setzen.

Eine weitere Forderung kommt von Pascal und David Begrich vom Verein *Miteinander*, der sich in Sachsen-Anhalt für Demokratie und Weltoffenheit engagiert. Ihren Ansatz formulieren sie in ihrem Beitrag „Wider die Normalisierung: Die demokratische Zivilgesellschaft stärken“. Der Fokus müsse sich ändern: Weg von der Agenda der Extremen, stattdessen gerichtet auf diejenigen, die sich für Demokratie engagieren. Wenn die AfD interviewt wird, Ehrenamtliche aus lokalen Bürgerinitiativen dazuholen, um sie zu fragen, wie sie die Situation sehen. Sobald Engagierte angegriffen werden, als Grüne präsent sein, um den demokratischen Kern dort zu schützen, wo er besonders bedroht ist: in den Kommunen. Alles dies ist wichtig, damit die Zivilgesellschaft weiterhin machen kann, was Suzanne Vega in der Upper West Side fünf- bis sechsmal täglich vorlebt: nerven, nerven, nerven!

ANZEIGE

Europagruppe Grüne

In dieser Ausgabe berichten Terry Reintke, Anna Cavazzini, Michael Bloss, Hannnah Neumann, Jutta Paulus, Daniel Freund und Rasmus Andresen von ihrem Einsatz im Europaparlament: für ein buntes Europa, für nachhaltige Beschaffung, für einen starken Green Deal, für unsere wehrhafte Demokratie, gegen die Deregulierung von Gentechnik, für eine starke Zivilgesellschaft und ein faires Steuersystem.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

Pride in Budapest
We are unstoppable

Ungarns Regierungschef Viktor Orban ist schwach. Deshalb verbreitet er Hass gegen alles, was nicht in sein Weltbild passt. Liebe darf nicht bunt und frei sein; Liebe wird in ein autoritär-völkisches Korsett gequetscht, das angeblich nur Mann und Frau sowie die traditionelle Ehe und Familie kennt. Unter dem Vorwand, Kinder schützen zu wollen, wird Jugendlichen und der gesamten queeren Community nun die Freiheit zur Selbstverwirklichung und das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Die queere Community wird gesellschaftlich ausgegrenzt und stigmatisiert. Trauriger Höhepunkt von Orbans Hass: sein Verbot der jährlichen Pride in Budapest am 28. Juni.

Dass Orban damit die Kettensäge ans Versammlungsrecht und an das Recht auf freie Meinungsäußerung legt, folgt einem klaren Drehbuch. Das exportiert er längst weltweit an andere Autokraten wie den slowakischen Regierungschef Robert Fico, Javier Milei in Argentinien – und Donald Trump in den USA.

„Werdet laut, engagiert euch, sprecht über das Verbot der Pride in Budapest im Freund*innenkreis und in den sozialen Netzwerken.“

Viele queere Menschen in Ungarn werden der verbotenen Pride fernbleiben müssen, weil ihnen reale Konsequenzen drohen: Jobverlust, Hetze, Ausschluss von öffentlichen Aufträgen. Deshalb ist jetzt der Moment, Solidarität zu zeigen und gemeinsam hinzufahren. Das Schlimmste wäre, wenn Orban sagen könnte: „Seht her, keiner ist da, die queere Community hat weder Rückhalt in der ungarischen Bevölkerung noch im Rest Europas.“ Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir müssen laut und deutlich klarmachen: Jetzt reicht es – und zwar überall in Europa. Die Rechtsextremen und vor allem natürlich die AfD beobachten sehr genau, ob ihre Frontalangriffe auf Minderheitenrechte von der Mehrheitsgesellschaft achselzuckend hingenommen werden – oder ob sie dagegen aufsteht und sagt: „Bis hierhin und nicht weiter, ich verteidige die Rechte meiner Freund*innen und Nachbar*innen, meiner Kolleg*innen, meiner Kinder.“ Deshalb mein Appell: Werdet laut, engagiert euch, sprecht über das Verbot der Pride im Freund*innenkreis und in den sozialen Netzwerken. Zeigt euch solidarisch. Mit vielen anderen deutschen und europäischen Abgeordneten habe ich trotz Verbot die Pride in Budapest gefeiert.

TERRY REINTKE
Solidarität mit der queeren Community in Ungarn: Am 28. Juni habe ich in Budapest die Pride gefeiert.

Nachhaltigkeit
Grüne Beschaffung

Vom Mittagessen in der Kita-Kantine über die neuen Tablets in der Schule bis hin zum sparsamen Drucker im Bürger*innenbüro – überall da, wo öffentliches Geld oberhalb eines bestimmten Schwellenwertes von Städten und Kommunen, Ländern oder Bund ausgegeben wird, greifen die EU-Regeln für die öffentliche Beschaffung. Gerade kommunalpolitisch Aktive, die mit öffentlichen Geldern einen Mehrwert für ihre Orte und Gemeinden schaffen wollen, schrecken oft vor den komplexen Prozessen zurück: Wie kann das Schulessen nach EU-Regeln bio und regional beschafft werden? Aufgrund rechtlicher Unsicherheiten bleibt es in der Praxis dann oft beim Preis als ausschlaggebendem Kriterium. Das Ergebnis: Der günstigste Apfel landet auf dem Teller, nicht der vom ortsansässigen Biohof.

„Angesichts der Klimakrise und des massiven Ressourcenverbrauchs muss die Vergabe an soziale und Umweltkriterien geknüpft werden.“

In Brüssel wird derzeit über die strategischen Ziele der öffentlichen Beschaffung diskutiert. Der Hintergrund ist simpel: Wirtschaft und Unternehmen straucheln aufgrund drohender Handelskriege, hoher Energiepreise, mangelnder Innovation, unlauteren Wettbewerbs aus China und mangelnder öffentlicher Investitionen. Deshalb können wir es uns schlicht nicht leisten, rund zwei Billionen Euro – die jährlich durch die öffentliche Hand ausgegeben werden – einfach so auszugeben. Sie müssen die Transformation unterstützen und Unternehmen bevorzugen, die nachhaltig wirtschaften. Damit ist klar, dass wir wegkommen müssen von einer reinen Kostenbewertung hin zu einer Preis-Leistungs-Betrachtung – einer Bewertung des gesellschaftlichen Mehrwerts.

Angesichts der Klimakrise und des massiven Ressourcenverbrauchs muss die Vergabe deshalb an soziale und Umweltkriterien geknüpft werden, die derzeit freiwillig sind. Nach jahrelangem Druck von uns Grünen hat die Europäische Kommission nun eine Reform der EU-Beschaffungsrichtlinien angekündigt. Ich werde mich in den anstehenden Verhandlungen neben den verpflichtenden Nachhaltigkeitskriterien auch für den einfacheren Zugang für kleine und mittlere Unternehmen einsetzen. Diese Ziele müssen einhergehen mit vereinfachten und schlanken Verfahren sowie höherer Transparenz zur Korruptionsbekämpfung. So werden öffentliche Vergaben zur Chance, diejenigen Unternehmen zu stärken, die nachhaltig, sozial und regional arbeiten, die Arbeitsplätze und Lebensqualität vor Ort sichern und zum Umbau unserer Wirtschaft beitragen.

ANNA CAVAZZINI
Grünes Ziel der Beschaffung: von "je billiger, desto besser" zu "je besser, desto besser".

Green Deal
In der Zange

Der europäische Green Deal ist eine langfristige Zukunftsstrategie, ein Versprechen: Die EU soll zur Vorreiterin einer nachhaltigen, gerechten Transformation werden. Dieses zentrale Zukunftsprojekt der EU steht nun unter massivem Druck. Eine breite fossile Allianz blockiert wichtige Fortschritte. Ob beim Ausbau der Erneuerbaren, beim Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder bei verbindlichen Klimastandards: Der Gegenwind wächst, die Angriffe auf unsere Zukunft werden größer.

Gleichzeitig verschärft sich die globale Lage: In den USA erleben wir mit Donald Trump eine Rückkehr zur offenen Anti-Klimapolitik. Der internationale Konsens bröckelt und die dringend notwendigen globalen Fortschritte werden ausgebremst. Europa ist der Kontinent, der sich von allen am stärksten erhitzt. Dennoch dominieren statt gemeinsamer Verantwortung nationale Interessen und die fossile Lobby. In dieser Gemengelage muss Europa Haltung zeigen. Doch auch hier wird der Rückbau der bisherigen Erfolge bereits sichtbar: Ein Aushöhlen der Klimaziele durch Ablasshandel mit Schrott-CO_2-Zertifikaten, abgeschwächter CO_2-Gesetzgebung für Autos, Angriffe auf den Naturschutz – all das gefährdet nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Glaubwürdigkeit der EU.

„Wir wissen: Klimaschutz ist kein Selbstläufer. Es braucht politischen Willen und klare Mehrheiten.“

Entscheidend wird in den nächsten Monaten das Klimaziel für 2040. Dieses wird den europäischen Klimakurs für die nächsten 15 Jahre beeinflussen, denn sämtliche Maßnahmen müssen sich daran ausrichten. Jedoch ist auch hier noch unklar, was am Ende wirklich herauskommen wird. Zwar hat sich die EU-Kommission mehrfach zum Ziel einer Emissionsreduktion von minus 90 Prozent gegenüber 1990 bekannt. Inzwischen lotet der zuständige EU-Kommissar Hoekstra jedoch verschiedene "Flexibilitäten" mit den EU-Mitgliedstaaten aus. Die gefährlichste dieser Flexibilitäten ist eine, die auch Eingang in den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD gefunden hat: Die Anrechnung internationaler Gutschriften auf das europäische Klimaziel. Doch wir Grüne beziehen klar Stellung: Wir sind die Kraft der langfristigen Strategie. Wir werden uns für ein starkes 2040 Klimaziel ohne Ausnahmen einsetzen. Klimaschutz ist kein Selbstläufer. Es braucht politischen Willen und klare Mehrheiten. Wenn wir Grüne nicht mehr mitgestalten, sondern konservativen Kräften wie Friedrich Merz das Ruder überlassen, droht die Kehrtwende: zurück zu fossilen Energien, nationaler Abschottung und sozialer Spaltung.

MICHAEL BLOSS
Mehr zu diesem Thema gibt es auf meiner Homepage: www. michaelbloss.eu

Für unsere Freiheit
Gegen Repression

Orchestrierte Anfeindungen im Netz, Drohungen gegen mein Team und mich, mein Name auf der Sanktionsliste – solche Einschüchterungsversuche des iranischen Regimes kenne ich längst. Jetzt: Ein gezielter Cyberangriff durch die staatliche Hackergruppe "Charming Kitten".

Solche Attacken sollen Kritiker*innen einschüchtern und zum Schweigen bringen. Und ich bin längst nicht die Einzige. Länder wie Iran, Russland, China, Eritrea, Belarus oder Algerien unterdrücken nicht nur brutal im eigenen Land – sie tragen ihre Repression auch bis zu uns nach Europa. Sie verfolgen Oppositionelle, bedrohen Exil-Communities, greifen Unterstützer*innen an. Vielleicht habt ihr von chinesischen Polizeistationen bei uns gehört, vom Mord im Berliner Tiergarten oder davon, dass Geflüchtete hier eingeschüchtert werden.

„Wir werden aufdecken, anklagen und bekämpfen. Gemeinsam – als wehrhafte Demokratie.“

Viele Betroffene schweigen aus Angst. Und selbst wenn sie sich wehren, sehen wir oft nur den einzelnen Fall. Aber ich weiß: Dahinter steckt ein System. Diese Regime arbeiten zusammen, kooperieren mit der organisierten Kriminalität und faschistischen Netzwerken – auch bei uns in Deutschland. Es geht um einen koordinierten Angriff auf unsere Freiheit: auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, unsere Demokratie.

Ihr Ziel ist klar: Angst säen, Menschen mundtot machen, Unterdrückung fortschreiben. Meine Antwort ist genauso klar: Ich mache das Gegenteil! Schon vor dem aktuellen Angriff habe ich beschlossen, im Europäischen Parlament einen Bericht zur transnationalen Repression zu verfassen. Denn wir müssen verstehen, wie tief diese Strukturen bei uns verankert sind – und was wir ihnen entgegensetzen können.

Wir werden aufdecken, anklagen und bekämpfen. Gemeinsam – als wehrhafte Demokratie. Und an der Seite aller, die bei uns Schutz vor Unterdrückung gesucht haben.

HANNAH NEUMANN
Wenn du auf dem Laufenden bleiben möchtest, folge mir auf Social Media (@HNeumannMEP) oder abonniere meinen Newsletter: bit.ly/HannahsTake_abonnieren

Gentechnik
Keine Deregulierung

Für die so genannte "Grüne Gentechnik" gelten seit 2001 strenge Regeln. Die EU-Kommission hat 2023 allerdings einen Vorschlag gemacht, mit dem sie die Regeln für die Anwendung neuer gentechnischer Verfahren ("New Genomic Techniques") stark lockern will. Anfang 2024 hat das Europäische Parlament seinen Standpunkt gefunden, die EU-Mitgliedstaaten erst im März 2025. Die finalen Verhandlungen zwischen EU-Parlament, EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission wurden im April gestartet.

Das Ergebnis ist von großer Bedeutung für die Entwicklung der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft, denn ein Dammbruch steht vor der Tür. Der Vorschlag der EU-Kommission führt zu einer völligen Deregulierung. Wir Grüne haben zumindest Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit in der Parlamentsposition verankert. Die angeblichen Nachhaltigkeitsgründe, die von Befürworter*innen von Deregulierung ins Feld geführt werden – insbesondere, dass Gentechnikpflanzen weniger Pestizide bräuchten und auch in der Klimakrise Ertrag brächten – sind bloßes Wunschdenken. Das bestätigt auch die Schweizer Ethikkommission. Die geplante Deregulierung der so genannten "Neuen Gentechnik" wäre ein großer Fehler. Sie handelt nach dem Motto „Augen zu und durch“ statt nach dem Vorsorgeprinzip. Gentechnisch verändertes Saatgut soll ohne ernstzunehmende Risiko- und Sicherheitsprüfungen auf europäischen Feldern angebaut werden, gentechnisch veränderte Pflanzen ohne Prüfung und Kennzeichnung verarbeitet und vermarktet werden können. Das ist vor allem für den Biosektor und die gentechnikfreie Produktion fatal.

„In den Verhandlungen zwischen EU-Parlament, EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission wird es essenziel sein, den Standpunkt des EU-Parlaments zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit zu verteidigen.“

Die Biotechnologiefirmen setzen darauf, dass sie über Lizenz- (also Nutzungs-)gebühren beim Anbau der Gentechniksorten ordentlich Kasse machen. Dafür müssen sie ihre Gentechnikpflanzen patentieren lassen – und das werden sie auch tun. Auf der Strecke bleiben dann Saatgutzüchter*innen, die diese Gebühren nicht entrichten können. Das Ergebnis: eine weitere Machtkonzentration des Saatgutsektors, weniger regional angepasste Sorten, weniger Vielfalt. Die ablehnende Haltung von EU-Mitgliedstaaten und EU-Parlament gegenüber Patenten ist Augenwischerei, denn das Europäische Patentrecht unterliegt nicht der EU-Regulierung.

MARTIN HÄUSLING
Mehr hierzu sowie zu weiteren Themen meiner Arbeit gibt es auf www.martin-haeusling.eu

Zivilgesellschaft
Stoppt die Angriffe

Als die Unionsfraktion im Bundestag mit 551 Fragen zivilgesellschaftliches Engagement unter Generalverdacht stellte, war die Empörung in Berlin groß. Der Vorwurf: Gemeinnützige Organisationen würden im Auftrag staatlicher Geldgeber demokratische Prozesse manipulieren. Doch diese Attacken waren in Brüssel längst bekannt – dort lief seit Monaten eine beispiellose Kampagne gegen NGOs.

„Radikale Aktivist*innen machen Stimmung gegen die EU – und werden dafür auch noch von der Europäischen Kommission bezahlt!“ – so der Tenor. Beweise? Fragwürdig. Angeführt von CDU- und CSU-Abgeordneten – teils im Schulterschluss mit der extremen Rechten – richtete sich die Attacke gezielt gegen NGOs, die sich für Umwelt-, Klima- und Naturschutz einsetzen. Zwischenzeitlich drohte sogar eine Mehrheit im Europäischen Parlament, die finanzielle Grundlage zivilgesellschaftlicher Arbeit zu kippen. Doch zumindest diese Gefahr konnten wir abwenden.

„Es geht um die Frage, wer in Europa mitreden darf. Für uns ist klar: Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen gehören an den Tisch, wenn Europas Zukunft verhandelt wird.“

Im Kern steht ein Vorwurf, den Konservative immer wieder äußern: Die EU-Kommission finanziere NGOs, die mit diesem Geld Lobbyarbeit im EU-Parlament betreiben. Der angebliche Skandal: Umweltorganisationen informieren Abgeordnete und fordern die Öffentlichkeit auf, zu Umwelt- und Klimathemen aktiv zu werden. Die Gegenseite: In Brüssel sind über 30.000 Lobbyist*innen aktiv – darunter viele für Konzerne wie Shell und Monsanto. Es ist legitim und notwendig, dass auch Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen Einfluss nehmen –mit Fakten, Argumenten und öffentlichen Kampagnen. Genau deshalb unterstützt die EU-Kommission solche Organisationen: damit auch jene mitreden können, die kein Millionenbudget haben. Das ist gelebte Demokratie. Die CSU brachte sogar Anträge ein, NGOs zur Rückzahlung von Geldern zu zwingen. Rechte Fraktionen forderten einen Untersuchungsausschuss. Zwar fand keiner dieser Forderungen eine Mehrheit – doch oft fehlte nur eine Stimme! Wir Grüne konnten die gefährlichsten Angriffe bislang abwehren – auch weil es gelungen ist, Verbündete zu mobilisieren. Denn Europas Konservative sind sich in ihrer Haltung zu NGOs keineswegs einig. Trotzdem müssen wir wachsam bleiben: Die politische Mehrheit in Europa verschiebt sich nach rechts. Und immer mehr Konservative wollen dies ausnutzen.

JUTTA PAULUS UND DANIEL FREUND
Informationen zu unserer Arbeit findet ihr unter www. www.jutta-paulus.de und www.danielfreund.eu

Tech-Oligarchie
Fair besteuern!

In den USA wird eine neue Tech-Oligarchie aufgebaut, in der eine kleine Elite politische und wirtschaftliche Macht zulasten der Mehrheit bei sich konzentriert. Gegen diese Entwicklung wehren sich in den USA Millionen und auch wir müssen uns dagegen wehren. Die Europäische Union hat, auch dank uns Grünen, in den letzten Jahren mit dem Digital Services Act und dem Digital Markets Act starke Reguslierungen durchgesetzt. Sie schützt uns vor zunehmender Marktmacht und zwingt Google, Meta und andere dazu, ihre Geschäftspraktiken offenzulegen und einzuschränken.

„Die EU muss entschlossen gegen die Machtkonzentration großer Tech-Konzerne vorgehen. Eine Digitalsteuer ist notwendig, um Steuergerechtigkeit herzustellen und Akteure wie Musk, Zuckerberg und Trump in die Schranken zu weisen.“

Die Tech-Milliardäre Musk und Zuckerberg wollen die europäischen Digitalgesetze aufweichen und wehren sich gegen eine stärkere Besteuerung ihrer Konzerne. Dabei wäre es genau jetzt an der Zeit, die großen Tech-Konzerne stärker zu unserem Allgemeinwohl beitragen zu lassen und Oligopole zu verhindern. Eine Digitalsteuer setzt genau da an, indem damit digitale Aktivitäten in den Ländern besteuert werden, wo sie stattfinden. Steuern sind ein starkes Instrument, um gegen Vermögenskonzentration und materielle Ungleichheit vorzugehen. Die EU kann dabei eine große Rolle spielen, da internationale Initiativen zur globalen Mindeststeuer auf OECD-Ebene unter Trump zum Erliegen gekommen sind.

Deshalb schlagen wir eine EU-Digitalsteuer von 5 Prozent auf digitale Dienstleistungen wie App-Verkäufe oder Werbung auf Social-Media-Plattformen vor. Kalkulationen des Think Tanks CEPS, der für uns ein Konzept geschrieben hat, gehen davon aus, dass wir durch eine Digitalsteuer jährlich über 37 Milliarden Euro einnehmen und somit etwas Steuergerechtigkeit herstellen könnten. Eine Mehrheit im EU-Unterausschuss für Steuerangelegenheiten unterstützt unseren Vorstoß.

Mehr Informationen zu diesem Thema findet ihr auf meiner Homepage www.rasmus-andresen.eu.

RASMUS ANDRESEN
Ich setze mich für ein gerechtes Steuersystem ein: Die Großen sollen mehr beitragen, die Kleinen entlastet werden.

Neu hier?

Grüne Strukturen

Wir gliedern uns in einen Bundesverband, 16 Landesverbände, 416 Kreisverbände und teilweise viele weitere Ortsverbände. Du findest deinen Orts- oder Kreisverband über Grüne vor Ort:
www.gruene.de/gruene-vor-ort

Grüne Treffen

Im Grünen Faden erfährst du mehr über Parteitage wie die Bundesdelegiertenkonferenz oder die Landesdelegiertenkonferenzen, über Arbeitsgemeinschaften wie unsere Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften oder über Konferenzen wie den Bundesfrauenrat und den Diversitätsrat.
www.gruene.de/faden

Grün digital

Ob gemeinsam an Dokumenten arbeiten, Share Pics erstellen oder Terminumfragen durchführen – wir haben viele digitale Anwendungen, die uns die Zusammenarbeit als Partei erleichtern. Erklärungen zu allen grünen Anwendungen findest du im Wissenswerk.
www.gruene.de/wissenswerk

Unsere Kommunikationskanäle

Wir als Bundesverband, aber auch dein Landesverband und die Kreis- und Ortsverbände setzen sich über E-Mail mit dir in Verbindung.
Zusätzlich haben wir verschiedene bundesweite Kanäle, die du abonnieren beziehungsweise denen du beitreten kannst.

Bundesweiter Newsletter
www.gruene.de/aktionen/newsletter

Bundesweiter Whatsapp-Kanal
gruenlink.de/2s5h

Instagram
www.instagram.com/die_gruenen

Tik-Tok
www.tiktok.com/@diegruenen

Facebook
www.facebook.com/B90DieGruenen

Aktiv im Wahlkampf

„Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf!“ Beim Bundestagswahlkampf haben wir gemeinsam alles gegeben. Wir haben an über 1,5 Millionen Haustüren geklopft, unzählige Nachrichten geteilt, tausende Plakate aufgehängt, Flyer verteilt und wichtige Gespräche geführt. Das ging nur, weil so viele tolle Menschen sich im Wahlkampf engagiert haben. Und weiter geht’s! Am 14. September finden in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt.
Auch nächstes Jahr stehen einige entscheidende Wahlen an.

So kannst du dich einbringen

Kontaktiere deinen Orts- oder **Kreisverband**. Schreibe deinem Kreisverband eine Mail und frage nach, wo Unterstützung benötigt wird – etwa beim **Plakatieren, beim Verteilen von Flyern und an Infoständen**. Frage auch nach lokalen Chatgruppen, denen du beitreten kannst. Die Kontakte findest du hier: **gruene.de/gruene-vor-ort**

Mach mit beim Haustürwahlkampf – unserem effektivsten Wahlkampfinstrument! Alle Infos und ein Einführungsvideo dazu findest du hier: **www.gruene.de/aktionen/jetzt-eintragen-haustuerwahlkampf**

Werde Mitglied der Netzfeuerwehr und unterstütze uns so auf den sozialen Medien. Mithilfe der Grünen Netzfeuerwehr diskutieren und liken wir gegen die Kommentarlawinen von rechts unter grünen Beiträgen – in Wahlkämpfen ist das wichtiger denn je. Mehr Infos findest du hier: **www.gruene.de/netzfeuerwehr**

Save the Date!

Die **Bundesfrauenkonferenz** findet dieses Jahr vom **26. bis 28. September** in **Halle an der Saale** statt.

Wahlen 2025/2026

Am 14. September sind Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen.

Im kommenden Jahr stehen gleich mehrere wichtige Landtagswahlen an: im März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, im Herbst in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin.

2026 gibt es zudem Kommunalwahlen in Bayern, Hessen und Niedersachsen.

Mach mit beim Wahlkampf!
Mehr dazu auf Seite 32.

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift
Nr. 19, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Pegah Edalatian, Politische Bundesgeschäftsführerin
V. i. S. d. P.: Annkathrin Schäfer

Redaktion, Gestaltung, Produktion:
Anzinger und Rasp, München
Redaktion:
Alexandra Bürger (Leitung), Gero Günther
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion:
Das Magazin der Grünen,
Triftstraße 13
80538 München

Stand:
Mai 2025

Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-0
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
175.000 Exemplare
Dierichs Druck, Kassel,
auf 100 % Recyclingpapier.
Den Auflagen von Bayern und Nordrhein-Westfalen liegen Zeitungen der Landesverbände oder Landtagsfraktionen bei. profil:GRÜN, das Magazin der Bundestagsfraktion, ist der Gesamtauflage beigeheftet.

Jahresabonnement:
Zwei Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im November 2025.

ANZEIGE

Deine zentrale Anlaufstelle

Das Grüne Netz

Das Grüne Netz ist der Oberbegriff für alle digitalen Angebote von uns GRÜNEN.
Über die Startseite hast du Zugriff auf alle praktischen Werkzeuge, die du für deine politische Arbeit als Mitglied benötigst. Praktisch daran: Deine Zugangsdaten für das Grüne Netz gelten für alles.

Wissenswerk

Im Wissenswerk kannst du dich beispielsweise über Aktionen, Positionen und Wahlkämpfe informieren.
Die Arbeitsgemeinschaften, Bundes- und Landesverbände bieten Neuigkeiten und Arbeitsmaterialien an.

Mitgliedsdaten

Außerdem kannst du im Grünen Netz deine Mitgliedsdaten ändern oder dich über deinen Kreisverband informieren.

Grünen Wolke

In unserer Cloud, der Grünen Wolke, hast du die Möglichkeit, Dateien zu speichern und sie innerhalb unserer Grünen Partei mit anderen zu teilen.

Antragsgrün

Im Antragsgrün werden vor Parteitagen die Anträge veröffentlicht und deine Änderungsanträge werden dort eingetragen. Die Chatbegrünung bietet zahlreiche Themenkanäle und Gruppen, in denen du dich mit anderen Mitgliedern austauschen kannst.

Als grünes Mitglied haben wir dir deine Zugangsdaten zum Grünen Netz zugesendet. Solltest du diese nicht finden, schreib uns einfach eine Mail, um eine erneute Zusendung zu veranlassen: netz@gruene.de.

netz.gruene.de